

Danziger Zeitung.

Nr. 18329.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepfaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseritionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Königlich, 8. Juni. Der Kronprinz von Italien traf Nachmittags um 5 Uhr 50 Min. mittels russischen Separatuges hier ein. Auf dem Perron war eine Ehrenwache vom Füsslinger-regiment Graf v. Roon (ostpreußisches) Nr. 33 aufgestellt. Nach Entgegennahme der Meldungen der zum Empfange befahlenen höheren Militärs und höheren Civilbeamten nahm der Kronprinz den Rapport entgegen und schritt unter den Klängen der italienischen Nationalhymne die Front ab. Hierauf sandt Vorbeimarsch der Ehrencompagnie in Sectionen statt. Nach einem Aufenthalt von 36 Minuten erfolgte um 6 Uhr 26 Min. die Weiterreise nach Berlin mittels Sonderzuges.

Köln, 8. Juni. In einer heute hier stattgehabten Versammlung der Mosel-Canal-Interessenten wurde nach einem eingehenden technischen Vortrage über die Ausführung der Canalisirung nach dem Schönbrod'schen Project eine Resolution angenommen, in welcher der Handelsminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten ersucht werden, die Mosel-Canalisirung baldmöglichst in Angriff zu nehmen.

München, 8. Juni. Der Prinzenregent spendete einen Beitrag von 5000 Mk. zum Bismarckdenkmal.

Nach den letzten Berichten war es gegen Morgen möglich, Freiherrn v. Lutz mit Hilfe von Morphium Schlummer zu verschaffen. (Er leidet an Herz-Wasserflut; sein Zustand ist hoffnungslos.)

Kopenhagen, 8. Juni. Gestern Abend fand in Skodsborg ein Festessen zu Ehren des Generals Christensen aus New-York statt, welcher vor 41 Jahren aus Dänemark ausgewandert war. Der hiesige Gesandte der Vereinigten Staaten, Barr, und Vertreter aller Gesellschaftsklassen wohnten dem Festessen bei. Der Festsaal war mit amerikanischen und dänischen Flaggen reich geschmückt. Nach einem Hoch auf den König hielt der frühere dänische Gesandte in Washington Hammerherr v. Bille die Festrede auf General Christensen, in welcher er denselben als echten amerikanischen Bürger feierte, der trotzdem die Liebe zu seinem angestammten Vaterland und seinen Landsleuten bewahrt habe. General Christensen schilderte in bewegten Worten seine Freude beim Wiedersehen des naturschönen Dänemark. Barr betonte dann in längerer Rede, daß diejenigen Emigranten, die die Liebe zum alten Vaterlande bewahrten, im neuen Lande die besten Bürger würden, wosur General Christensen ein leuchtendes Beispiel sei, und toßte sodann auf dessen Wohl.

Belgrad, 8. Juni. Das amtliche Blatt erklärt gegenüber der Meldung, König Milan wäre finanzieller Angelegenheiten wegen nach Belgrad gekommen, der König sei einzig zum Besuch seines Sohnes hier eingetroffen und verfolge weder politische noch sonstige Ziele.

Rairo, 8. Juni. Das Decret des Ahdive betreffend die Anleihe zur Convertirung der ägyptischen Schulde ist heute veröffentlicht worden. Die Ausgabe der neuen 3½%igen Anleihe soll zum Course von 91 erfolgen.

Washington, 7. Juni. Die Repräsentanten-kammer verwarf mit 140 gegen 116 Stimmen den Vorschlag, die Silbervorlage mit unbeschränkter Ausmünzung nochmals zu discutiren, und nahm sodann die Vorlage des republikanischen Caucus mit 125 gegen 119 Stimmen an.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Juni.

Die Verhandlungen der Militär-Commission

nehmen in gesteigertem Maße das Interesse in Anspruch. Auch die vorgebrachte fünfständige Sitzung hat schwerwiegende Erklärungen insbesondere des Reichsschatzsecretares gebracht. Es wird uns hierüber aus Berlin geschrieben: Man kann nicht sagen, daß die Militärvorlage, nachdem so unbefristete, weitreichende Aussichten auf fortgesetzte Vermehrung der Militärlast in den Vordergrund getreten, nachdem tropfenweise eine Vorlage nach der anderen noch in der jetzigen Session eingebrochen sind, sich mehr Freunde erworben hat. Selbst der nationalliberale hessische Abg. Osann, welcher als einer der unbedingten „Nationalen“ gilt, erklärte, daß die Situation seit Einbringung und Ankündigung der neuen Forderungen eine ganz veränderte geworden, und daß man demgegenüber eine Ausgleichung und anderweitige Erleichterungen verlangen müsse. Nicht angenehm berührt hat es namentlich, daß die Frage der Gehaltserhöhung für die Stabsoffiziere, Hauptleute und Premierlieuten für so dringend erachtet wird, daß man sie in der jetzigen kurzen Session noch lösen will. Wir glauben nicht, daß sich im Reichstage eine Majorität finden wird, welche von der Dringlichkeit so überzeugt ist, daß die Berathung keinen Aufschub erfahren darf.

Die wichtigsten Momente aus der gestrigen Verhandlung der Militär-Commission bilden die Eröffnungen des Staatssecretares des Reichsschatzamts und diejenigen des Kriegsministers. Nach manchen Richtungen hin hat sich die Situation geklärt. Der Reichsschatzsecretar berechnete die Steigerung der ordentlichen Ausgaben aus den gegenwärtig zur Berathung stehenden Vorlagen (Ostafrika, Beamtenbefördung und den verschiedenen Militärvorlagen) einschließlich der Jünsen für die aufzunehmenden Anleihen auf 60 Millionen Mark. Hierfür müßten, selbst wenn die gegenwärtigen Einnahmen aus Zöllen und Steuern sich nicht vermindern sollten, schon in der nächsten Herbstsession neue Einnahmen geschafft werden. Herabsetzung der Kornzölle: nein; Reichseinkommensteuer war discutabel,

aber dagegen eine Menge von Hindernissen. Hauptsächlich, so meinte der Vertreter der Reichsfinanzen, werde es gelingen, durch andere „Steuerreformen“ im Reich und in den Einzelstaaten die nothwendigen Mittel herbeizuschaffen. Weshalb aber thießen denn die Bundesregierungen nicht schon jetzt von ihrem Finanzprogramm etwas mit? Der Herr Schatzsecretar antwortet: „Weshalb Steuervorlagen auf Vorwahl? Wir wissen ja noch nicht, welche Ausgaben bewilligt werden.“ Hat die Regierung bisher auch so gehandelt? Bisher war das Steuerbewilligen auf Vorwahl die Regel. Die Opposition hat das oft genug beklagt. Nichts ist natürlicher und nothwendiger, als daß man, wenn für die neuen Ausgaben wirklich neue Steuern erforderlich sind, schon jetzt bei der Vorlegung der Ausgaben sagt: welche neuen Steuern man erheben will. So ist es überall constitutioneller Brauch. Es muß doch für die Volksvertretung entscheidend sein, wer die neuen Lasten zu tragen hat. Kann die Regierung das noch nicht sagen, so muß sie auch alle nicht absolut dringlichen Ausgaben bis zum Herbst zurückstellen — ein Verlangen, dem der Abg. Richter gestern in der Commission Ausdruck gegeben hat. Es ist nicht abzusehen, woher eine solche Überstürzung erforderlich ist. Die gestrigen Verhandlungen haben wiederum einen Beweis für die Gefahren einer Steuer- und Finanzpolitik erbracht, wie wir sie seit 1879 treiben.

Wichtig waren ferner die gestrigen Verhandlungen in Betreff der militärischen Compensationen. Der volksparteiliche Abg. Payer erklärte, eine sofortige Einführung der 2jährigen Dienstzeit heineswegs zu verlangen, auch er wollte, wie schon vor einigen Tagen der freisinnige Abg. Hinze es gethan hatte, eine Übergangszeit, um der Militärverwaltung die erforderlichen Vorbereitungen zu ermöglichen. Er ist zufrieden mit einer Zusicherung der Regierung, daß die 2jährige Dienstzeit später eingeführt werden darf. Der Abg. Richter hielt es für angänglich, die 2jährige Dienstzeit schon zum 1. Oktober 1891 einzuführen; kleine finanzielle Concessionen, welche immerhin nur einen vorübergehenden Charakter hätten, würden keinen Eindruck im Lande machen. Eine Abkürzung der Dienstzeit verlangte übrigens auch der nationalliberale Abg. Osann.

Allien diesen Forderungen setzte der Herr Kriegsminister ein ziemlich bestimmtes non possumus entgegen: nicht jetzt, nicht einmal eine Zusicherung können wir geben, sagte er, weil wir in einer Übergangszeit und in Umformungen begriffen sind und noch nicht wissen, welche Änderungen das neue Gewehr und Pulver bedingen werden. „Stände vor Ihnen auch der begeisterte Anhänger der 2jährigen Dienstzeit, in diesem Augenblick würde er es nicht verantworten können, eine solche Concession zu machen, es wäre ein Verbrechen an der Armee.“ Die verlangte Vermehrung der Rekruten sei eine unabsehbare Nothwendigkeit. Der Minister bezog sich auf die Darlegung seines Commissars, welcher ausgeführt hatte, daß die Kriegsstärke von Russland und Frankreich von zusammen 5 800 000 Mann schon jetzt 660 000 Mann mehr betrage, als die Kriegsstärke von Deutschland, Österreich und Italien zusammengekommen. In Zukunft würde sich, da Frankreich und Russland ihre Armeen erweitern, während dies bei Österreich und Italien nicht der Fall sei, das Verhältniß noch viel ungünstiger stellen.

Gegen die 2jährige Dienstzeit sprach auch gestern noch einmal General Vogel v. Falckenstein. Seine volkswirtschaftlichen Argumente, die große Enthaltung machen, haben aber nicht dazu beigetragen, die Position der Militärverwaltung zu stärken. Sie ließerten den Beweis, daß die Anschauungen mancher militärischen Kreise hinsichtlich von denen in civilistischen Kreisen verschieden sind. General v. Falckenstein behauptete nach den vorliegenden Berichten, daß die zweijährige Dienstzeit für eine große Zahl geradezu ein volkswirtschaftlich Nutzteil sein würde. Die von dem Lande stammenden Soldaten würden beim Militär viel besser verpflegt wie in der Misere zu Hause; sie bekämen dort viel mehr Fleisch zu essen. Der entlassene Soldat „strotzt von Gesundheit“. Sei er ein Jahr vom Militär, so sei er „mager“ geworden. Die 2jährige Dienstzeit würde ein „physisches Zurückgehen“ unseres Volkes bedeuten. Die Militärdienstzeit „wirkt geradezu wie eine Fortencolonie!“ Sicherlich wird es Wenige im Lande geben, welche diesen Enthusiasmus für eine längere Dienstzeit „aus volkswirtschaftlichen Gründen“ teilen. Danach wäre es eine noch längere Dienstzeit als die jetzige eine wirtschaftliche Wohlthat für das Volk und für die Einzelnen. Die große Majorität des deutschen Volkes aber ist in allen Berufsklassen anderer Meinung und sie wird nicht eher in ihren Bemühungen nachlassen, bis die Abkürzung der Dienstzeit durchgesetzt ist.

Einem Berichte über die wichtigen Verhandlungen der Militärcommission am Sonnabend entnehmen wir noch Folgendes:

Die jüngste von Abg. Hinze (deutschfr.) in der Commission gegen die Vorlage gehaltene Rede ist inzwischen gebrückt und zur Bertheilung gelangt. — Major Gaede: Die Stärke der russischen Heeresstärke sei neulich nicht genau festzustellen gewesen, er wolle das noch nachholen. Die Stärke der russischen Armee im Kriegsfall betrage 2 579 000 Mann. Diese Stärke sei im Mobilmachungsplan für 1889 angezeigt. Damit haben wir zunächst zu rechnen. Unsere Präsenz betrage 2 800 000, oder vielleicht 2 900 000 Mann, einschließlich 176 680 gelöster Reservisten. Die französische Armee betrage 3 226 000 Mann und dazu 174 000 Mann gelöste Erfah.-Reservisten. Es steht fest, daß wir 2- bis 300 000 Mann weniger hätten als Frankreich. Die

Stärke unserer Bundesgenossen betrage: Österreich-Ungarn 1 150 000, Italien 1 090 000; dazu Deutschland mit 2 900 000 Mann, ergebe insgesamt 5 140 000 Mann. Demgegenüber stehe Russland mit 2 579 000 und Frankreich mit 3 226 000, zusammen also 5 805 000 Mann. Danach haben die uns gegenüberstehenden Mächte ein Mehr von rund 660 000 Mann. Im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer sei die prozentuelle Belastung für Deutschland nicht zu hoch.

Staatssecretar v. Matzahn: Die Mehrforderung wird zunächst 33 bis 34 Millionen betragen, welche für das Etatsjahr 1889/90 jedenfalls durch Anteile zu decken sein werden. Für das nächste Jahr wird die Summe höher angesetzt werden, da allein die Alters- und Invalidenverjöfung ungefähr 10 Millionen erfordert. Die übrigen Mehrausgaben hinzugerechnet, werden wir im künftigen Etat mindestens 60 Millionen mehr einsehen müssen. Die gegenwärtigen Voranschläge an Zöllen und Steuern werden ungefähr 73 Millionen betragen. Unter allen Umständen muß danach gebracht werden, dem Reihe und den Einzelstaaten neue Einnahmequellen zu eröffnen, und allen Vorschlägen, die Einnahmequellen des Reiches zu vermindern, also z. B. einer Heraufziehung der Getrebezölle, muß mit aller Entschiedenheit entgegentreten werden. Genaue Auskunft über die Art, wie die neuen Mehrforderungen zu decken, können noch nicht gegeben werden, doch darüber sei er sich klar, daß neue Einnahmequellen eröffnet werden müssen. Die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer empfehle sich nicht, schon aus Rücksicht auf die Einzelstaaten. Der Nachtragsetat habe nicht früher eingebracht werden können, in der nächsten Session würden alle Materialien rechtzeitig und genügend zur Verfügung gestellt werden. Er begrüßt es mit Befriedigung, daß auch die Presse die Frage nach neuen Steuerquellen discutire. Falsch sei aber die Annahme, daß es schwer falle, Reichsanleihen unterzubringen, und in den Conferenzen des neuen Bankpräsidenten mit verschiedenen Bankiers sei die Frage nicht, wie Zeitungen gemeldet, besprochen worden. Er würde übrigens neue Anteile zu 4 Prozent nicht empfehlen.

Abgeordneter Richter ist der Ansicht, unser ganzer Finanzstaat sei dabei, Fiasco zu machen. Bevor der Schatzsecretar nicht die Deklaration nachgiebt, könne die Volksvertretung die Militärforderungen nicht bewilligen. Man möge den Reichstag im Oktober einberufen und dann ein klares Bild vorlegen. Er wünsche nicht, daß abermals die Lasten der ärmeren Volksschichten vermehrt würden. Er beantragt, daß auch die heutige Rede des Herrn Schatzsecretärs für die Mitglieder der Commission verübt wird.

Abgeordneter Payer (Volkspartei) ist erstaunt, daß die Kornzölle jetzt seitens der Regierung als eine Einnahmequelle bezeichnet werden. Die Eröffnungen des Herrn Schatzsecretärs seien wenig erbaulich für die Einzelstaaten. Ohne wertvolle Compensation dürfe die Militärvorlage keinesfalls bewilligt werden.

General Vogel v. Falckenstein: Es sei ein Irrthum, wenn man ihm in den Mund gelegt habe, daß seiner Zeit die Niederlagen der süddeutschen Truppen durch die zu kurze Dienstzeit verschuldet worden seien. Da hätten ganz andere Factoren mitgewirkt. Aber bei Empfehlung der zweijährigen Dienstzeit werde der wirtschaftliche Standpunkt nicht genügend gewürdigt. Die Lasten für den Einzelnen würden alsdann nur scheinbar vermindert und dem Betreffenden heineswegs eine Gefälligkeit erwiesen, denn es steht fest, daß über die Hälfte der Soldaten viel besser beim Militär lebten als im bürgerlichen Leben. Sie könnten so viel Fleisch essen, wie sie wollten, was ihnen im Civilstande nicht möglich sei. Was bis jetzt zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit gesagt worden sei, habe die Militärverwaltung nicht überzeugt, sie steht noch auf demselben Standpunkt wie vor Pfingsten.

General Vogel v. Falckenstein: Es ist auch diese Rede des Generals v. Falckensteins gedruckt. Hierüber entspannt sich eine längere Discussion. Es wird über die Frage abgestimmt, und die Mehrheit entscheidet für Richter.

Kriegsminister v. Verdy: Man habe die Frage aufgeworfen, wie er dazu komme, solche Pläne zu entwickeln, wie er gethan habe, daß seiner Zeit die Niederlagen der süddeutschen Truppen durch die zu kurze Dienstzeit verschuldet worden seien. Da hätten ganz andere Factoren mitgewirkt. Aber bei Empfehlung der zweijährigen Dienstzeit werde der wirtschaftliche Standpunkt nicht genügend gewürdigt. Die Lasten für den Einzelnen würden alsdann nur scheinbar vermindert und dem Betreffenden heineswegs eine Gefälligkeit erwiesen, denn es steht fest, daß die zweijährige Ausbildung nicht genügt habe; sie sei zu theuer gewesen. Und selbst der begeisterte Anhänger dieses Principles müsse den praktischen Verhältnissen gegenüber zu der Einsicht kommen, daß dessen Durchführung nicht angänglich sei. Was das Septennat betreffe, so sehe er dies als einen Vertrag an, über den sich die beiden Bevölkerungen verständigen müßten.

Abg. Dr. Osann: Aus der ganzen Debatte scheine ihm hervorzugehen, daß man von der Nothwendigkeit der Vorlage überzeugt sei. Aber man könne doch erwidern, ob sich nicht Ersparnisse machen lassen, ohne die Schlagfertigkeit der Armee zu gefährden.

In erster Linie scheine ihm die Uniformierung zu kostspielig. In zweiter Reihe lasse sich bei den Abschlüssen über den Kauf von Lebensmitteln sparen. Die volkswirtschaftlichen Vortheile der dreijährigen Dienstzeit, welche General v. Falckenstein hervorgehoben, könne er nicht zugeben, da der Soldat nicht bloß vom Stolze lebe, sondern seine ganze Familie dabei in Anspruch genommen werde.

Bezuglich des prozentualen Verhältnisses der Friedensstärke des Heeres zu der Bevölkerung wurde in der Commission eine Tabelle vertheilt, nach welcher von 1881—1890 in Frankreich bei einer Steigerung der Bevölkerungszahl von 38 328 274 auf 38 656 387 das Prozentverhältniß der Armee zur Bevölkerung 1,284, 1,232, 1,271 und 1,303 betrug; in Deutschland bei einer Steigerung der Bevölkerung von 47 776 500 auf 49 200 000 0,997, 0,988, 0,979 und 1,008 im Jahre 1890 bei Annahme der neuen Vorlage.

Reform der Militärstrafprozeßordnung.

Die Ende vorigen Monats zusammengetretene Commission für die Reform der Militärstrafprozeßordnung hat vorgestern ihre vorläufigen Berathungen geschlossen. Auf Grund der Ergebnisse derselben wird nunmehr der Entwurf einer deutschen Militärstrafprozeßordnung zur Ausarbeitung kommen, zu dessen Berathung die Commission im Herbst wieder zusammentritt. Wie wir hören, ist über die wesentlichen Vorfragen eine Verständigung erzielt worden, das geheime und schriftliche Verfahren im Militärprozeß kann jetzt schon als bestellt angesehen werden. An die Stelle derselben soll in Anpassung an die Civilstrafprozeßordnung das mündliche und öffentliche Verfahren vor Militärgerichten treten, welche nach Analogie der Schöffengerichte organisiert werden sollen.

Wismann über den Sklavenhandel.

Ohne Zweifel mit Rücksicht auf die heute im Reichstage beginnende zweite Berathung der Nachtragsförderung für Ostafrika ist dem Reichstage, wie gemeldet, am Sonnabend die 5. Serie der Aktenstücke über den Aufstand in Ostafrika zugegangen. Der wichtigste Theil derselben ist ein Bericht Wismanns vom 1. Mai, der ein umfassendes Programm für die Bekämpfung des Sklavenhandels im deutschen Interessengebiet und in dem davon liegenden ostafrikanischen Küstengebiet entwickelt. Derselbe lautet:

„Wie ungerecht zur Verhinderung des Sklavenexports nur die Überwachung der Küste durch Fahrzeuge der Reichsmarine ist, beweist der Umstand, daß obgleich englischerseits seit 10 Jahren Sklaven-Überwachungsschiffe an der Insel stationirt waren, der Export doch nichts desto weniger bis zur Beziehung der Küste durch die Schutztruppe fortgesetzt wurde.“

In ganz Afrika fand der Hauptexport von Sklaven auf der Strecke von Lamu im Norden bis zum Jambo im Süden statt. Nördlich an der Küste der Somaliland war der Export ein bei weitem geringerer, hauptsächlich wohl deshalb, weil die Somaliland und Abyssinier aus dem Innern kommende Sklaven selbst absorbirten.

Deutschland hat den größten Theil der vorher erwähnten Küste besetzt und damit die moralische Verpflichtung übernommen, gegen den innerafrikanischen Länder entvölkernden Handel vorzugehen. Das Verhältnis der aus Afrika ausgeführten Sklaven zu denen, die in den Küstenländern aufgekauft werden, ist heut zu Tage schon ein geringes. Der Plantagenbau, der von Arabern und arabischen Küstenleuten ausgeführt wird, ist dementsprechend an Bedeutung, so daß auch der Sklavenverbrauch, der den Arabern bis zum heutigen Tage allein den Plantagenbau ermöglicht, ein entsprechender ist.

Es ist also die Küste einmal der Sammelpunkt zum Export bestimmter Sklaven und andererseits verbraucht die Küste selbst ein großes Contingent.

Aus diesen Gründen ist offenbar der wirksamste Punkt, die Sklavenwirtschaft zu unterbinden, die Küste selbst.

Die Erfolge, die das Reichscommissariat in dieser Richtung bis heute erzielt hat, sind groÙe. Ich erwähne, um dies zu zeigen, den Punkt, daß mir Eingeborene Araber und Küstenleute, die sich besonders mit dem Sklavenhandel beschäftigen, zur Strafzettelung ausgeliefert haben.

Wenn wir überall erst so weit gekommen sind, daß sich die Eingeborenen an uns um Schutz wenden und daß wir diesen Schutz zu gewähren stark genug sind, dann wird auch von keiner Seite mehr gewagt werden, Sklaven zu fangen und zu transportieren.

Die Sklavenjagden zu unterdrücken kann uns nur dadurch gelingen, daß wir den Transport derselben zur Küste und den Handel damit unmöglich machen.

Gejagt werden die Sklaven in den unglücklichen Gegenden, wo sich der Eingeborene nur mit Speer und Bogen gegen die unmenschenlichen Räuber wehren kann. Um in diesen Ländern den gejagten Eingeborenen Schutz zu gewähren, müßten wir durch eine Reihe von Stationen eine Verbindung bis in jene weiten Gebiete hinein ermöglichen. Diese Länder liegen fast ausschließlich innerhalb der Grenzen des Kongostates, aber der Abzug der gejagten Sklaven geht fast ausschließlich nach Deutsch-Ostafrika und wird über einige ganz bestimmte Straßen geleitet, an denen sich die Sklavenhändler Stützpunkte geschaffen haben, wie Tabora und Ujiji.

Tabora ist der bedeutendste Knotenpunkt solcher Straßen.</p

Nach der Darstellung Wissmanns ist der eigentliche Sitz der afrikanischen Pest, wie er die Sklavenjagden nennt, nicht das Hinterland der österräumlichen Küste, sondern das Congogebiet, von dem aus die Sklaven, wie er behauptet, auf fest bestimmten Wegen nach der Küste geschafft und dort zum Theil von den Arabern zum Plantagenbau angekauft, zum Theil exportiert werden. Die erste Forderung, die Herr Wissmann aufstellt, ist die einer dauernden Besetzung alter wichtiger Rastenpunkte von Lamu im Norden bis zum Zambezi. Schon die Lösung dieser Aufgabe würde voraussichtlich sehr viel erheblichere Mittel erfordern, als bis jetzt für Ostafrika in Anspruch genommen worden sind.

Aber auch damit wäre nach der Ansicht Wissmanns nur der erste Schritt gethan. Wenn auch durch die Besetzung der Küste die Ausfuhr von Sklaven auf diesem Wege unmöglich gemacht würde, so würde doch die Einfuhr von Sklaven aus dem Congogebiet nach dem deutschen Interessengebiet behufs Verkaufs derselben an die arabischen Plantagenbesitzer fortduern. Zur Unterdrückung der Sklavenjagden selbst wäre überhaupt die Einfuhr derselben in das deutsche Interessengebiet zu verhindern, und dieses ist nach den Wissmann'schen Darlegungen nur möglich, wenn durch eine Reihe von Stationen von dem Küstengebiet ab bis zu der Grenze des Congostates eine Beherrschung der Transportwege herbeigeführt wird. Als den hauptsächlichsten Stützpunkt für die Sklavenhändler bezeichnet der Bericht Tabora und Ujiji am Ostufer des Tanganikasees; ferner Ginja, welches der Bericht in einer etwas freien Wendung an die drei großen Seen verlegt, deren Überwachung durch ein bewaffnetes kleines Dampfschiff, wie Herr Wissmann meint sehr erleichtert werden würde. Über die Zahl der Stationen und über die Punkte, an denen dieselben anzulegen sein würden, spricht sich der Bericht nicht weiter aus. Auf alle Fälle, so wird behauptet, seien die Station in Mpwapwa und die zweite am Allimandshar, die bisher nur ein Beobachtungsposen ist, zu dem in Rede stehenden Zweck nicht ausreichend. Die naheliegende Frage, ob die Sklavenhändler, nachdem die oben bezeichneten Karawanenstraßen durch deutsche Stationen gesperrt sein werden, nicht wieder andere Wege einschlagen könnten, wird in dem Bericht nicht erörtert. Das Gebiet der drei großen Seen ist ein räumlich so ausgedehntes, daß es von vornherein fraglich erscheinen muß, ob mit der Anlegung einer doch immerhin beschränkten Zahl von Stationen eine Beherrschung des Sklavenhandels möglich ist.

Jedenfalls würde die Besetzung dieser Stationen keile im Innern eine ganz außerordentliche Verstärkung der deutschen Schutztruppe notwendig machen. Aber wenn auch diese Stationenfrage vorläufig noch in den Hintergrund gestellt wird, so ergibt schon ein Vergleich der Motive zu dem jetzt im Reichstage vorgelegten Nachtragsetat mit dem neuen Wissmann'schen Plan eine neue erhebliche Überschreitung der finanziellen Forderungen. Bei der Vorlegung des Nachtragsetats im Reichstage ist, wie schon aus den Daten ersichtlich, dieses neue Wissmann'sche Programm noch nicht berücksichtigt worden. Der Wissmann'sche Bericht datirt vom 1. Mai, während der Nachtragsetat bereits am 6. Mai dem Reichstage zugegangen ist. Inmitten die Reichsregierung gesonnen ist, sich den zukünftigen Wissmann'schen Vorschlag anzueignen, ist eine offene Frage. Der Reichskanzler hat bei der ersten Lesung des Nachtragsetats im Reichstage war erklärt, daß er entschlossen sei, das bisher Errungene festzuhalten. Das neue Wissmann'sche Programm würde, falls die Durchführung derselben beschlossen würde, die Grenzen der bisherigen Unternehmungen weit überschreiten.

Im übrigen ist der Wissmann'sche Bericht auch für die zur Zeit schwebenden Verhandlungen mit England über die Grenzen des deutschen Interessengebiets von Interesse, insfern er, indirekt wenigstens, die Notwendigkeit darlegt, daß die Westgrenze des deutschen Interessengebiets mit der Grenze des Congostates zusammenfällt.

Die Vorlage betreffs der Befolgs-aufbesserung der Offiziere und Reichs-beamten.

Der Bundesrat hat, wie gemeldet, dem Nachtrag-Etat betreffend die Befolgs-aufbesserung der Reichsbeamten seine Zustimmung gegeben. Der Gesamtbetrag dieses Etats beläßt sich in Einnahme und Ausgabe auf 19 924 082 Mk., und zwar verteilen sich die Ausgaben folgendermaßen: Für Aufbesserung des Dienstinkommens für Offiziere und Aerzte des Reichsheeres 3 986 340 Mk., davon entfallen auf Preußen 3 501 540 Mk., auf Sachsen 299 910 Mk., auf Württemberg 184 890 Mark; für Verbesserung des Dienstinkommens der Offiziere und Aerzte der kaiserlichen Marine 189 140 Mk.; für etatsmäßige Beamte 11 921 263 Mark; für diätarisch beschäftigte Beamte und Unterbeamte 2 536 657 Mark, für Stellenzulagen 540 000 Mk. und für Bayern 750 682 Mk.

Bon den Verbesserungen des Dienstinkommens der Offiziere und Aerzte des Reichsheeres, insoweit Preußen in Betracht kommt, beläßt sich der Betrag bei Tarifklasse III auf 1859 280 Mk., und zwar verteilt sich dieser Betrag für 1094 Offiziere mit 6000 Mk. Dienstinkommen auf 502500 Mk., für 35 Oberstabsärzte 1. Klasse auf 21000 Mk., für 100 Militärsärzte mit 5400 Mk. Dienstinkommen auf 60000 Mk., für 1147 Offiziere mit 3900 Mk. Dienstinkommen auf 360 060 Mk., für 135 Oberstabsärzte 2. Klasse auf 40 500 Mk., für 1673 Offiziere mit 2700 Mk. Dienstinkommen auf 663 540 Mk., für 392 Militärsärzte auf 211 680 Mk. Bei Tarifklasse IV beläßt sich der Aufbesserungsbetrag für Preußen auf 1 642 260 Mk., und zwar verteilt sich derselbe: für 16 Offiziere mit Dienstinkommen von 2100 Mk. auf 2400 Mk. auf 5490 Mk., für 235 Jeug- bzw. Feuerwerksleutnants mit Dienstinkommen von durchschnittlich 1800 Mk. auf 42 300 Mk., für 2666 Offiziere mit Dienstinkommen von 1680 Mk. auf 1 425 870 Mk., für 281 Assistentärzte 1. Klasse auf 168 600 Mk.

Bon den Verbesserungen des Dienstinkommens der Offiziere und Aerzte Sachsen beläßt sich der Betrag bei Tarifklasse III, auf 159 120 Mk., und zwar für 91 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 6000 Mk. auf 42 600 Mk., für 3 Oberstabsärzte 1. Klasse auf 1800 Mk., für 9 Oberstabsärzte 1. Klasse mit einem Dienstinkommen von 5400 Mk. auf 5400 Mk., für 103 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 3900 Mk. auf 32 580 Mk., für 11 Oberstabsärzte 2. Klasse auf 3300 Mk., für 129 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 2700 Mk. auf 53 460 Mk., für 37 Stabsärzte auf 19 980 Mk. Bei Tarifklasse IV, beläßt sich der Aufbesserungsbetrag auf 140 790 Mk., und zwar für 1 Offizier mit einem Dienstinkommen von 2400 Mark auf 390 Mk., für 9 Jeug- bzw. Feuerwerksleutnants mit durchschnittlichem Dienstinkommen von 1800 Mk. auf 1620 Mk., für 228 Offiziere mit einem

Dienstinkommen von 1680 Mk. auf 124 380 Mk. für 24 Militärsärzte auf 14 400 Mk.

Bon den Verbesserungen des Dienstinkommens der Offiziere und Aerzte Württembergs beläßt sich der Betrag bei Tarifklasse III auf 95 589 Mk., und zwar für 56 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 6000 Mk. auf 26 400 Mk., für 2 Oberstabsärzte 1. Klasse auf 1200 Mk., für 6 Oberstabsärzte 1. Klasse mit einem Dienstinkommen von 5400 Mk. auf 3600 Mk., für 63 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 3900 Mk. auf 18 900 Mk., für 7 Oberstabsärzte 2. Klasse auf 2100 Mk., für 79 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 2700 Mk. auf 31 500 Mk., für 22 Stabsärzte auf 11 880 Mk. Bei Tarifklasse IV beläßt sich der Aufbesserungsbetrag auf 89 310 Mk., und zwar für einen Offizier mit einem Dienstinkommen von 2400 Mk. auf 390 Mk., für 5 Jeug- bzw. Feuerwerksleutnants mit einem durchschnittlichen Dienstinkommen von 1800 Mk. auf 900 Mk., für 147 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 1680 Mk. auf 79 020 Mk., für 15 Assistentärzte 1. Klasse auf 9000 Mk.

Bon den Verbesserungen des Dienstinkommens der Offiziere und Aerzte der kaiserlichen Marine im Betrage von 189 140 Mk. entfallen auf Tarifklasse III. 61 500 Mk., und zwar für 63 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 6000 Mk.: 18 900 Mk., für 1 Oberstabsärzte 1. Klasse 300 Mk., für 6 Maschinen-ze. Ingenieure mit einem Dienstinkommen von 6300 Mark: 1800 Mk., für 4 Oberstabsärzte 1. Klasse mit einem Dienstinkommen von 6000 Mk.: 2400 Mk., für 13 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 5400 Mk.: 3900 Mk., für 6 Oberstabsärzte 2. Klasse: 1800 Mk., für 74 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 3300 Mk.: 15 120 Mk., für 31 Stabsärzte: 16 740 Mark, für 1 Plakmajör mit einem Dienstinkommen von 2700 Mk.: 540 Mk. Bei Tarifklasse IV, beläßt sich der Aufbesserungsbetrag auf 127 640 Mk., und zwar für 35 Maschinen-ze. Ingenieure mit einem Dienstinkommen von 4000 Mk. auf 14 000 Mk., für 202 Offiziere mit einem Dienstinkommen von 1800 Mk. auf 98 000 Mk., für 26 Assistentärzte 1. Klasse auf 15 600 Mk.

Bon den Verbesserungen des Dienstinkommens der etatsmäßigen Reichsbeamten im Gesamtbetrag von 11 921 263 Mk. entfallen auf Tarifklasse III, d. h. auf Beamte mit einem Dienstinkommen von 1500 Mk. bis 7500 Mk. 928 854 Mk., und zwar auf 8 Beamtenstellen des Reichstages 3500 Mk., auf 3 Beamtenstellen der Reichskanzlei 1200 Mk., auf 86 Beamtenstellen des Auswärtigen Amtes 31 200 Mk., auf 71 Beamtenstellen des Reichsgerichts des Innern 28 900 Mk., auf 571 preußische Beamtenstellen des Reichsheeres 238 200 Mark, auf 18 jährliche 7200 Mk., an 18 württembergische 16 600 Mk., auf 101 Beamte der Marine 40 350 Mk., auf 28 Beamtenstellen der Reichsjustizverwaltung 10 500 Mk., auf 46 Beamtenstellen des Reichsgerichts 19 700 Mk., auf 17 Beamtenstellen des Reichseisenbahnamts 6600 Mk., 75/3 Stellen des Rechnungshofes 29 534 Mk., auf 5 Stellen der Verwaltung des Reichsivalidenfonds 2100 Mk., auf 1076 Stellen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 451 700 Mk., auf 6 Stellen der Reichsdruckerei 2100 Mk., auf 2 Stellen im Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen 2200 Mk., auf 58 Stellen der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen 34 870 Mk.

Auf etatsmäßige Beamte der Tarifklasse V., d. h. mit einem Dienstinkommen von 900 Mk. bis 5000 Mk., entfallen 5 891 086 Mk., und zwar hier von 2 Stellen des Reichstages 600 Mk., auf 1 Stelle der Reichskanzlei 100 Mk., auf 36 Stellen des Auswärtigen Amtes 5550 Mk., auf 243 Stellen des Reichsgerichts des Innern 77 300 Mk., auf 371 Stellen des Reichsheeres 910 162 Mk., auf 557 Stellen der Marine 165 700 Mk., auf 35 Stellen der Reichsjustizverwaltung 10 500 Mk., auf 56 Stellen des Reichsgerichtsamts 16 800 Mk., auf 14 Stellen des Reichseisenbahnamts 4200 Mk., auf 4 Stellen des Rechnungshofes 1200 Mk., auf 2 Stellen der Verwaltung des Reichsivalidenfonds 600 Mk., auf 18 557 Stellen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 4 256 900 Mk., auf 12 Stellen der Reichsdruckerei 3800 Mk., auf 2 Stellen im Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen 600 Mk., auf 1540 Stellen der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen 437 074 Mk.

Auf die Verbesserung der Befolgsung für etatsmäßige untere Beamte mit einem Dienstinkommen von 400 Mk. bis 2100 Mk. entfallen 5 103 723 Mk., und zwar hier von 7 Stellen im Reichstage 900 Mk., auf 3 Stellen der Reichskanzlei 300 Mk., auf 47 Stellen des Auswärtigen Amtes 6600 Mk., auf 68 Stellen des Reichsgerichts des Innern 10 440 Mk., auf 3135 Stellen des Reichsheeres 526 282 Mk., auf 318 Stellen der Marine 31 788 Mk., auf 30 Stellen der Reichsjustizverwaltung 3600 Mk., auf 11 Stellen des Reichsgerichtsamts 1350 Mk., auf 8 Stellen des Reichseisenbahnamts 900 Mk., auf 6 Stellen des Rechnungshofes des deutschen Reiches 900 Mk., auf 2 Stellen der Verwaltung des Reichsivalidenfonds 300 Mk., auf 30 616 Stellen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 189 920 Mk., auf 2 Stellen des Reichsgerichts des Innern 50 Mk., auf 3278 Stellen der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen 329 704 Mk.

Auf die Verbesserung der Befolgsung für etatsmäßige untere Beamte mit einem Dienstinkommen von 400 Mk. bis 2100 Mk. entfallen 5 103 723 Mk., und zwar hier von 7 Stellen im Reichstage 900 Mk., auf 3 Stellen der Reichskanzlei 300 Mk., auf 47 Stellen des Auswärtigen Amtes 6600 Mk., auf 68 Stellen des Reichsgerichts des Innern 10 440 Mk., auf 3135 Stellen des Reichsheeres 526 282 Mk., auf 318 Stellen der Marine 31 788 Mk., auf 30 Stellen der Reichsjustizverwaltung 3600 Mk., auf 11 Stellen des Reichsgerichtsamts 1350 Mk., auf 8 Stellen des Reichseisenbahnamts 900 Mk., auf 6 Stellen des Rechnungshofes des deutschen Reiches 900 Mk., auf 2 Stellen der Verwaltung des Reichsivalidenfonds 300 Mk., auf 30 616 Stellen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 189 920 Mk., auf 2 Stellen des Reichsgerichts des Innern 50 Mk., auf 3278 Stellen der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen 329 704 Mk.

An den Verbesserungen des Dienstinkommens der diätarisch beschäftigten Beamten und Unterbeamten nehmen nach den oben mitgeteilten Zahlen die einzelnen Ressorts, abgesehen von den Stellenzulagen, in folgender Weise Theil: Der Reichstag mit 10 755 Mk., die Reichskanzlei mit 1600 Mk., das Auswärtige Amt mit 53 560 Mk., das Reichsamt des Innern mit 143 990 Mk., die Verwaltung des Reichsheeres mit 1 716 883 Mk., die Verwaltung der Marine mit 255 928 Mk., die Reichsjustizverwaltung mit 26 900 Mk., das Reichsgerichtsamt mit 38 060 Mk., das Reichseisenbahnamt mit 24 800 Mk., der Rechnungshof mit 31 724 Mk., die Verwaltung des Reichsivalidenfonds mit 3120 Mk., die Reichspost- und Telegraphenverwaltung mit 11 235 275 Mk., die Reichsdruckerei mit 11 575 Mk., das Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen mit 2850 Mk., und die Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen mit 914 000 Mk.

An den Aufbesserungen der Befolgsungen für die etatsmäßigen Beamten und Hilfsarbeiter nehmen nach den oben mitgeteilten Zahlen die einzelnen Ressorts, abgesehen von den Stellenzulagen, in folgender Weise Theil: Der Reichstag mit 10 755 Mk., die Reichskanzlei mit 1600 Mk., das Auswärtige Amt mit 53 560 Mk., das Reichsamt des Innern mit 143 990 Mk., die Verwaltung des Reichsheeres mit 1 716 883 Mk., die Verwaltung der Marine mit 255 928 Mk., die Reichsjustizverwaltung mit 26 900 Mk., das Reichsgerichtsamt mit 38 060 Mk., das Reichseisenbahnamt mit 24 800 Mk., der Rechnungshof mit 31 724 Mk., die Verwaltung des Reichsivalidenfonds mit 3120 Mk., die Reichspost- und Telegraphenverwaltung mit 11 235 275 Mk., die Reichsdruckerei mit 11 575 Mk., das Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen mit 2850 Mk., und die Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen mit 914 000 Mk.

Was die Aufbesserungen für die einzelnen Beamtenklassen betrifft, so bestätigt es sich, daß dieselben bei den Beamten der Tarifklasse III zusammen nur 10,4 Proc. der bisherigen Sätze, bei den Beamten der Tarifklasse V zusammen 12,6 Proc., bei den Unterbeamten zusammen 15,7 Proc. und bei den Offizieren und Aerzten zusammen aber 17,7 Proc. der bisherigen Sätze ergeben.

Der Kaiser von Österreich und die Delegationen.

Nach Mittheilungen aus „privater“ Quelle über den Verlauf des Circles des Kaisers Franz Joseph mit den Delegirten, welchen der Kaiser am Sonnabend nach der Ansprache an die österreichische Delegation abhielt, wurde bei demselben nament-

lich der böhmische Ausgleich berührt. Der Kaiser sprach dem Abgeordneten Rieger seinen Dank aus für dessen Haltung im Landtag. Das tschechische Volk, sagte der Kaiser, sei in Folge von Agitationen verhetzt, ganz ohne Grund, denn niemand wolle die Rechte desselben schmälern; es sei wünschenswert, daß die ausgeregten Gemüther sich wieder beruhigen und daß der Ausgleich, welcher eine Staatsnotwendigkeit sei, zu Stande kommen möge. Wenn auch die Schwierigkeit eine große sei, so werde es doch gehen und es müsse gehen. Gegenüber den deutsch-böhmischem Delegirten äußerte der Kaiser seine Freude, die Vertreter der Deutsch-Böhmen wieder in der Delegation zu sehen; auch dies sei ein Fortschritt. Den Referenten über das Budget des Kriegsministeriums gegenüber betonte der Kaiser, die Verwaltung habe sich mit ihren Mehrforderungen auf die engsten Grenzen des unerlässlich Nothwendigen beschränkt; weiter hob der Kaiser bei der Berührung des Budgets für Bosnien die steife Besserung der Zustände in den occupirten Ländern hervor. In beiden Delegationen sprach der Kaiser die Hoffnung auf einen raschen und glatten Verlauf der Delegationsverhandlungen aus.

Wie aus Wien telegraphiert wird, erblicken die gesetzten Wiener Morgenblätter in der Rede des Kaisers beim Empfang der Delegationen mit Genugthuung eine hohe Friedenskundgebung, sowie den klaren überzeugenden Ausdruck vom Fortbestande der Tugend und der Fesligkeit des Dreibundes. Dieselben erkennen die Notwendigkeit der Fortentwicklung der militärischen Macht mit Rücksicht auf das bezügliche Vor gehen der anderen Staaten an, und daß damit die Monarchie sich als vollwertiges Mitglied des Dreibundes erhalte. Mehrere Blätter interpretiren die Erklärung des Kaisers, daß in den Balkan ländern seit dem vorigen Jahre keine wesentliche Veränderung stattgefunden habe, im Zusammenhang mit den vorjährigen Erklärungen des Kaisers in Bezug auf Serbien und Bulgarien dahin, daß die Zustände in Bulgarien auch gegenwärtig befriedigend seien, und daß die serbische Regenschaft die Versicherung, die freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn pflegen zu wollen, im wesentlichen eingehalten habe.

Die Vorgänge an der türkisch-serbischen Grenze.

Wie aus Konstantinopel von gestern telegraphiert wird, mischt man der „Agence de Constantinople“ zu folge in den leitenden türkischen Kreisen den Vor gängen an der serbisch-türkischen Grenze in Albanien keine besondere Bedeutung bei; es hande sich nur um durch Blutrache hervorgerufene örtliche Conflicte. Die bei einigen Dörfern eingegangenen Nachrichten bestätigen diese Auffassung. Die Pforte erhob in Serbien Vorstellung wegen der Tötung türkischer Gendarmen. Die angebliche Entsendung Schak Paschas nach Albanien wird von der Pforte als grundlos bezeichnet.

Die Naturalisation Fremder in Brasilien
Am Sonnabend in der italienischen Deputirtenkammer zur Sprache. In Beantwortung einer Interpellation über das Decret der brasilianischen Regierung betreffend die Naturalisation Fremder erklärte der Ministerpräsident Crispin, er habe sich an andere Cabinet gewendet, welche fast alle die Ansicht der italienischen Regierung getheilt hätten, daß die Nationalität in Folge des Decrets nicht nach 6 Monaten verloren gehen könne. Der brasilianische Minister des Auswärtigen sei durch ein Memorandum über diese Angelegenheit interpellirt worden und habe zugegeben, daß Fremde nicht ohne ihre ausdrückliche Erklärung als naturalisiert angesehen werden können; selbst nach Ablauf von 6 Monaten werde er Erklärungen von Italienern dulden, welche ihre Nationalität nicht verlieren wollten.

Deutschland.

L. Berlin, 7. Juni. Die Arbeiterschulcommission des Reichstages beschäftigte sich heute zunächst mit Anträgen von socialdemokratischer und freisinniger Seite, welche den Arbeitern im Gast- oder Schankwirtschafts-, sowie im Verkehrsgewerbe Sonntagsruhe gewähren wollten. Der Handelsminister erkennt die bestehenden Mißstände an. Abhilfe könnte auf dem Wege der Gesetzgebung oder der kaiserlichen Verordnung im Sinne des § 105 geschaffen werden, doch seien die Verhältnisse schwierig und zur Zeit noch nicht völlig zu übersehen. Insbesondere müßten Arbeiter wie die vielen Ausflusselfner berücksichtigt werden, deren ganze Existenz auf Sonntagsarbeit begründet sei. Darauswin werden die beiden Anträge zurückgezogen. Die Berathung geht alsdann zu § 105 über, welcher sich mit den Ausnahmen von der Sonntagsruhe beschäftigt, die der Bundesrat für bestimmte Gewerbe zu lassen kann. Dr. Hirsch beantragt die Streichung des ganzen Paragraphen. Abg. Schmidt will Vorlage der Verordnung des Bundesrates an den Reichstag zur nachträglichen Genehmigung. Bebel beantragt nur Mittheilung dieser Verordnung an den Reichstag mit der von der Commission mit großer Heiterkeit aufgenommenen Motivirung, daß man zum Bundesrat in dieser Hinsicht volles Vertrauen haben könne. Mit diesem Antrag Bebel wird der Paragraph angenommen. Der nächste Paragraph, 105a, betrifft diejenigen Gewerbe und Betriebe, welchen Ausnahmen von der Sonntagsruhe durch Verfüzung der höheren Verwaltungsbehörde gewährt werden können. Der Antrag G

welchem das greise Paar dessen geistige und körperliche Rüstigkeit troh der 90 resp. 88 Lebensjahre allgemein bestätigt ist.

* [Rekruten-Einführung.] Der diesjährige Einführungstag für die Rekruten zum Dienst mit der Waffe im Bereich des 17. Armeecorps ist für die Cavallerie auf den 6. Oktober, und für die übrigen Truppenheile auf den 5. November festgesetzt.

* [Frachtermäßigung.] Für die am 30. August in Marienburg stattfindende Districtsschau des Centralvereins westpreußischer Landwirthe, verbunden mit einer landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung, ist von der Eisenbahndirection Bromberg eine Frachtmäßigung in der Weise bewilligt worden, daß die ausgestellten und unverkauft gebliebenen Thiere und Gegenstände frachtfrei zurückbefördert werden.

* [Rennen bei Danzig.] Trotz des sehr ungünstigen Wetters war gestern der Rennplatz bei Langfuhr nicht nur zahlreicher besucht als in früheren Jahren, sondern die Besucher hielten auch aus, bis das letzte Rennen vorüber war, obwohl der Aufenthalt auf dem jeder Unbill der Witterung ausgesetzten Rennplatz keineswegs verlockend war. Auf dem Sattelplatz concertirte die Kapelle des 36. Artillerie-Regiments. Als Preisrichter fungirte der Commandeur des hiesigen Husaren-Regiments Graf v. Gelben-Gammon. Die Ehrenpreise bestanden aus zwei Pferdestatuetten von Bronze, einer großen Bowle aus cuivre poli mit einer silbernen Platte, auf welcher die Wimzung eingraben war, und verschiedenen Schalen und Kristallgläsern mit silbernen Deckeln. Trotzdem durch den Regen das Terrain etwas schwierig geworden war, verließen sämmtliche Rennen ohne den geringsten Unfall; nur kann es nicht selten vor, daß die Pferde vor den Hindernissen aus der Bahn ausbrachen.

1) Maiden-Hürden-Rennen (Distanz ca. 1600 Mtr.). Von 7 genannten Pferden waren 4 erschienen, welche sämmtlich von ihren Besitzern geritten wurden: Lt. v. Lewinskis (1. Pl.), br. Lt. „Blitzmädel“ (1.), Lt. v. Winterfelds (1. Pl.), F. W. „Mennonit“ (2.), Lt. v. Jähnrich (1. Pl.), br. Lt. „Pretiosa“ (3.), Lt. Koskows (36. Art.) F. W. „Anastasius“ resümierte ein Hindernish und brach aus der Bahn, worauf sein Reiter das Rennen aufgab. Die Führung hatte bald „Mennonit“ übernommen, der jedoch bei der letzten Hürde gleichfalls stoppte. In Folge dessen erlangt „Blitzmädel“ den ersten Platz, den ihr „Mennonit“ nicht wieder streitig machen konnte.

2) Chargenpferd-Jagd-Rennen (Distanz ca. 2500 Mtr.). Von den gemeldeten 6 Pferden waren 5 erschienen, welche gleichfalls von ihren Besitzern geritten wurden: Lt. Piepers (5. Pl.), br. W. „Cincinatus“ (1.), Lt. v. Jähnrich (1. Pl.), sch. W. „Aurel“ (2.), Lt. v. Frankius (1. Pl.), sch. W. „Todett“ (3.), Lt. Podels (36. Art.) br. Lt. „Posse“ und Lt. v. Kleinjorgens (36. Art.) F. St. „Aito“. Die Führung unternahm „Aurel“, doch bald kam „Cincinatus“ auf, setzte sich an die Spitze und ging mit großem Vorprung als erster durch das Ziel. „Posse“ und „Aito“ brachen aus der Bahn und ihre Reiter gaben in Folge dessen das Rennen auf.

3) Langfahrer-Hürden-Rennen (Distanz ca. 2000 Mtr.). Am Pferden waren erschienen: Lt. v. Winterfelds (1. Pl.), br. Lt. „Ebie“ (1.), Leibmeister v. Livoius (1. Pl.), br. Lt. „Reaction“ (2.), Lt. Graf v. Schmettow (1. Pl.), br. W. „Faustulus“ (3.), Lt. v. Breugels (1. Pl.), br. W. „Facteur“ und Rittm. v. Borckes F. St. „Brigitta“, Reiter Lt. v. Jähnrich (1. Pl.). Gleich beim Beginn des Rennens nahm „Ebie“ die Führung und behielt dieselbe bei, bis sie als erste durch das Ziel ging. „Facteur“ und „Brigitta“ gaben das Rennen auf.

4) Danziger Jagd-Rennen (Distanz ca. 2500 Met.). Es starteten Lt. Schulkes (1. Pl.), br. Lt. „Minna“ (1.), Lt. v. Jähnrich (1. Pl.), br. W. „Geborek“ (2.), Lt. v. Breugels (1. Pl.), br. W. „Alte Melville“ (3.), Reiter Lt. v. Lewinskis (3.) und Major v. Neuhaus (1. Pl.), F. W. „Lude“, Reiter Lt. Graf v. Schmettow, „Minna“ behielt während des ganzen Rennens die Führung und kam unbestritten als erstes Pferd ans Ziel; als zweites kam „Lude“ durch das Ziel; da derselbe jedoch unterwegs irrtümlich aus der Bahn gekommen war, mußte er disqualifiziert werden.

5) Westpreußische Steeple-chase (Distanz ca. 2500 Meter). Von den gemeldeten vier Pferden waren erschienen: Lt. Piepers (5. Pl.), br. Lt. „Marietta“ (1.), Lt. Krahmers (1. Pl.), br. W. „Cimber“, Reiter Lt. v. Brandt (2.), Lt. v. Jähnrich (5. Pl.), br. Lt. „Alice Melville“ (3.). Das Rennen war unstreitig das interessanteste vom ganzen Tage. Anfangs hielten sich die drei Pferde ziemlich in einer Linie, in der Mitte der Bahn gewann jedoch „Alice Melville“ immer mehr Terrain und nahm die Führung. „Marietta“ versuchte vergebens aufzukommen. Schon schien der Sieg der Stute unzweifelhaft, als sie plötzlich die leichten Hürden schaute und aus der Bahn brach. Nunmehr nahm „Marietta“ die Führung und ging als erste durch das Ziel, trotzdem „Cimber“ versuchte, sie noch im letzten Augenblick zu drücken, und nur eine Pferdelänge hinter ihr ankam.

Die Leistung der „Alice Melville“ ist um so höher anzuschlagen, als ihr Besitzer auf der Stute den Weg von seinem Garnisonsorte Landsbeck nach seiner pommerschen Heimat in 6 Tagen gemacht und somit jeden Tag 100 Kilom. zurückgelegt hat. Die Stute ist für den Preis von 3000 Mk. in den Besitz eines Offiziers des hiesigen Husaren-Regiments übergegangen.

* [Verband deutscher Handlungsgesellschaften.] Der hiesige Kreisverein des Verbandes „Kaufmännischer Verein Merkur“ hatte zur Vorberatung über die im August stattfindende Generalversammlung und Beprüfung allgemeiner Kaufmännischer Angelegenheiten die Kreisvereine der näher gelegenen Städte zu einer Wanderversammlung nach Danzig eingeladen, welche bei reger Beteiligung Sonnabend im Wiener Café zur Börse stattfand und an welche sich Sonntag ein geselliger Ausflug nach Neufahrwasser, Besichtigung der Stadt, Mittags gemeinsame Mahl in Oliva und ein Spaziergang nach Sopot knüpfte. Zum Delegierten für die Generalversammlung in Leipzig wurde Herr Grun gewählt.

* [Danziger Turn- und Fecht-Verein.] In der Hauptversammlung am Sonnabend wurde der Stat pro 1890/91 in Einnahme und Ausgabe mit 1800 Mk. genehmigt. Aus dem 300 Mk. befragenden Reservefonds wird 8 Turnern freie Fahrt zum Gauturnfest in Memel bereit gehalten. Für das Kreisturnfest in Memel soll der Vorstand die Mittel diesem Fonds nach seinem Vorfahren entnehmen. Sonntag, den 15. Juni, ist vom Verein eine Geefahrt nach Edingen geplant.

* [Geefahrten.] Trotz des stürmischen regnerischen Wetters begannen gestern Vormittags die Dampfer der Gesellschaft „Welschel“ ihre angekündigten regelmäßigen Tourenfahrten über See zwischen Neufahrwasser und Sopot und führten sämmtliche Fahrten durch. Auch die Geefahrt nach Sopot wurde mit einer größeren Anzahl Passagiere unternommen. Die Rückfahrt freilich, bei welcher der Westfurm besonders kraftig blies, wurde für manchen Passagier etwas kritisch.

* [Unglücksfall.] Der 12 Jahre alte Arbeitersohn Friedrich B., auf Stolzenberg wohnhaft, erhielt dort am Sonnabend von einer Frau eine von ihr gefundene Patrone, welche jedenfalls mit Schrot geladen war. Der Knabe versuchte die Patrone mittelst eines brennenden Streichholzes zu entzünden und wurde hierbei derartig an beiden Händen und im Gesicht verletzt, daß ihn die Mutter sofort nach dem Stadtschlösschen in der Sandgrube schaffen mußte, wo ihm drei fast vollständig zerstörte Finger durch Amputation entfernt werden mußten.

* [Gesamt.] In der heutigen Sitzung beschäftigte sich das Gesamt mit dem bereits erwähnten Unfall, welcher sich auf der Brigg „Karl“ während der Reise von Emden nach Neufahrwasser ereignet hatte. Am 12. Mai e. Vorm. 10 Uhr, stürzte der Matrose Wilh. Götjens, der mit dem Festmachen eines Ankers beschäftigt war, in Folge des Bruches eines Taues in die See. Der Captain, sowie der noch an Bord befindliche Seelotse warfen Götjens Taue zu, nach welchen derselbe jedoch nicht griff; ebenso lief er einen dicht in seine Nähe geworfenen Rettungsring un-

achtet. Auch ein halbstündiger Aufenthalt des Schiffes in der Nähe des Unfalls blieb erfolglos, weil Götjens anscheinend durch die mit großer Geschwindigkeit laufende Ebbe in die Tiefe gezogen worden war. Das Gesamt fällte in Übereinstimmung mit dem Reichscommisar seinen Spruch dahin, daß der Tod des Matrosen Götjens durch einen Unglücksfall erfolgt sei und daß die zu seiner Rettung getroffenen Maßregeln der Sachlage entsprechend gewesen seien.

* [Meißner-Affäre.] Der Gärtner Hermann R. wurde gestern Abend in Stadtgebiet angeblich von zwei unbekannten Männern überfallen und erhielt hierbei zwei bedeutende Messerstiche in den linken Oberarm. Die Thäter sind entkommen.

[Policebericht vom 8. und 9. Juni.] Verhaftet: 1 Arbeiter wegen Bedrohung, 1 Arbeiter wegen Misshandlung, 2 Arbeiter wegen groben Unfugs, 1 Mädchen wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit, 4 Obdachlose, 1 Bettler, 1 Betrunkenen. — Gefunden: 1 Quittungsbuch der Sterbekasse des „ehemaligen Sicherheitsver eins“ zu Danzig mit Goldschmiede, eine Briefstafette enthaltend 5 Posteinlieferungsscheine, 1 Brief, 1 Fahrplan etc.; abzuholen von der Polizei-Direktion.

* [Neustadt.] Die städtische Verwaltung beschäftigt sich zur Zeit mit der Frage der Trottoirlegung in unserer Stadt, wenigstens am Markt und in den Hauptstraßen, womit bereits von einigen Haushaltern der Anfang gemacht ist, denen bei Errichtung von Neubauten gestattet wurde, behufs Erzielung einer geraden Fluchtlinie mit der Front vorzurücken gegen die Verpflichtung, vorlängs ihres Grundstückes den Bürgersieg mit Trottoirplatten zu versehen. Nach der Stimmung in Bürgerkreisen zu urtheilen, wird das beabsichtigte Unternehmen allseitig Anklage finden, damit auch innerhalb der Stadt eine gute Promenade geschaffen werde; doch wird es darauf ankommen, ein haltbares, nicht zu kostspieliges Material zu wählen. Es dürften sich dazu Granit- resp. Cementplatten oder Alinkeriegel empfehlen. Die städtische Verwaltung wird sich gewiß den Dank der ganzen Einwohnerschaft erwerben, wenn mit der Verwirklichung des angeregten Projects alsbalb vorgegangen wird. — Wie wir erfahren, beabsichtigt der preußische Beamten-Verein Danzig in nächster Zeit einen Ausflug hierher zu unternehmen.

* [Rößau (Kreis Garthaus).] 5. Juni. Ein schweres Brandunglück hat uns betroffen heute, während die Leute in Chmielno in der Kirche waren, brannten 13 Gebäude nieder. Neun Familien sind obdachlos geworden. Die Schule wurde nur durch die rings um dieselbe stehenden Bäume geschützt.

* [Berent, 8. Juni.] In Folge einer an den Reichskanzler gerichteten Eingabe des ostpreußischen Bezirksvereins im deutschen Fleischherbergen zu Königsberg um Freigabe der Einfuhr von lebenden Schweinen aus Russland, welche wegen der dort herrschenden Seuchen abgelehnt ist, werden in höherem Auftrage in den Kreisstädten der Grenzbezirke Erhebungen darüber angestellt, ob die Schweineleidpreise seit Beginn dieses Jahres zugemessen haben und sich während des Sommers voraussichtlich noch steigern werden. Der hiesige Magistrat ist mit der Aufstellung einer bezüglichen Übersicht der Fleidpreise im Vergleich zu der Preisbewegung während des Vorjahres unter Zugrundelegung der monatlichen Durchschnittspreise beschäftigt. Die Fleidpreise halten sich immer noch in derselben Höhe, namentlich klagen die Fleischer über die Anappheit von Kindvieh. — Zum Schluße der General-Arbeits- und Güterstation am Montage wird Herr Regierungspräsident v. Heppen hier erwartet.

* [Marienburg, 8. Juni.] Zu dem heutigen Kirchfest der Taubstummen waren aus allen Theilen der Provinz 314 Theilnehmer erschienen, für welche in den beiden Kirchen Gottesdienst mit Communion stattfand. Ein gemeinsames Mittagsmahl, dessen Kosten die Staatskasse trägt, vereinigte darauf alle Theilnehmer im Gesellschaftshause, wo auch der Nachmittag in geselligem, zwanglosem Verkehr verbracht wurde. Da auch die Eisenbahnhalle in coulanteiter Weise entgegenkommt, wird die Frequenz dieser Kirchenseite von Jahr zu Jahr größer. Der größte Theil der Feiertäglich sind ehemalige Jünglinge der hiesigen Taubstummen-Anstalt, welcher sie ihre Bildung verdanken. Einige haben sich zu ganz guten Verhältnissen emporgetarbeit.

* [Der Staatsanwalt Schühe in Marienwerder ist vom 1. Juli d. J. ab an die Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht in Naumburg versetzt. Graudenz, 8. Juni. Zu der Ankunft des commandirenden Generals des 17. Armeecorps Generalleutnant Lenze am 23. d. M. wird ein großer Zapfenstreich, welcher von sämtlichen Musikcorps der Garnison ausgeführt werden wird, vorbereitet. (Ges.)

Vermischte Nachrichten.

Goslar, 7. Juni. Heute früh 6½ Uhr erfolgten zwei ziemlich starke Erdstöße in der Richtung von Süden nach Norden. (W. L.)

Danziger Börse.

für unannehbar, wenn eine Verkürzung der Dienstzeit als Compensation geboten würde.

Schiffs-Nachrichten.

Queenstown, 8. Juni. (Tel.) Der hier eingetroffene Dampfer „City of Rome“, mit 800 Passagieren, stieß heute 4 Uhr Morgens auf den Felsenfelsen, an der Südküste von Irland, auf und erlitt am Bordtheil Schaden. Größeres Unglück wurde durch schnelles Umrehen der Maschine verhindert. Unter den Passagieren herrschte große Aufregung, welche durch den zur Zeit herrschenden dichten Nebel noch gesteigert wurde.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 9. Juni.

Crs.v.7. Weizen, gelb Crs.v.7. 2. Orient.-A. 72,60 72,70

Juni-Juli. 200,25 197,20 4% russ.A. 80 97,40 97,40

Sept.-Okt. 181,75 178,20 Lombard 61,90 60,70

Roggen 100,50 100,50 Cred.-Actien 167,40 166,50

Juni-Juli. 150,75 149,00 Disc.-Com. 225,00 224,00

Sept.-Okt. 147,00 145,00 Petroleum 169,70 169,00

Loco 23,30 23,30 Laurahütte 142,00 140,40

Kübel 65,30 66,30 Destr. Rote 174,75 174,50

Sept.-Okt. 54,20 53,80 Russ. Rote 234,70 236,25

Spiritus 33,80 33,70 Marca, kurz — 20,355

Aug.-Sept. 34,40 34,20 Russ. G. A. 80,20 80,10

4% Reichs-A. 107,10 107,10 Dam. Priv. 137,75 —

3½% 100,80 100,80 D. Delmuth 135,50 —

4% Consols 106,50 106,50 do. Prior. 125,50

3½% westfr. 98,80 98,80 do. S. A. 114,70 114,50

Standbr. 98,70 98,70 Østr. Südb. 66,90 66,70

do. neue 58,50 58,50 Østr. G. A. 99,40 99,25

5% röm. G. R. 99,10 90,10 Russ. G. A. 91,30 92,25

Fondsbörse: rubis.

Newyork, 7. Juni. Wechsel auf London 4,84½. —

Rother Weizen loco 0,97½ per Juni 0,95½ per Juli 0,95½ per Oct. 0,97. — Mehl loco 2,75. — Mais per Juni 0,42½. — Fracht 1. — Zucker 4½.

Magdeburg, 7. Juni. Zuckerbericht. Rornzucker excl. 92½ 16,70, Rornzucker excl. 88½ 16,00. Nachprodukte excl. 75% Rendement 13,50. Ruhja. Brodruffende I. 28. Gem. Raiffeisne mit Tel. 27,25. Gem. Melis I. mit Tel. 26. Stil. Rohzucker 1. Product Transitz f. a. B. Hamburg per Juni 12,30. Ob. 12,35 Br. per August 12,42½ Br. 12,45 Br. per Oktbr. Dezbr. 11,80 Br. 11,90 Br. Stetig.

Butter.

Hamburg, 6. Juni. (Bericht von Ahlmann u. Bonjen.) Freigangs-Notierung auf Veranlassung der Handelskammer. Brutto-Verkaufspreise, Hof- und Meierei-Butter, frische wöchentliche Lieferungen:

1. Klasse 82—84 M. 2. Klasse 80—82 M. per 50 Kilogr. Netto, keine Tara, frachtfrei Hamburg, und abgültig Verkaufsstellen. Tendenz ruhig.

Ferner Bringnotierungen per 50 Kilogr.: Gekondene Partien Hofbutter — M. Schleswig-holsteinische und ähnliche Bauer-Butter 75—80 M. ländliche und ostfälische Meierei-Butter 80—82 M. unverjolzt böhmische, galizische und ähnliche 50—70 M. unverjolzt finnändische Sommer — M. unverjolzt, amerikanische, neuwestländische, australische 30—60 M. unverjolzt, Schmer und alte Butter aller Art 25—40 M. unverjolzt.

Dergrößere Zufuhr an allen auswärtigen Märkten und dadurch hervorgerufene Zurückhaltung der Käufer haben einen weiteren Rückgang der Preise einsteckt Butter von 3 M. herabgefahren; Kopenhagen ist unerwartet 5 Kronen und sind die englischen Märkte dadurch bedeutend flauer geworden. Auch das Inland hält in Erwartung billiger Preise vom Kaufen zurück. Zweite Sorten und Bauerbutter sind ganz vernachlässigt, ebenso bleibt fremde aller Art unverkäuflich am Lager. Amerikanische wird stark angeboten und ist von dort mit nächsten Dampfer sehr billige Brasstruder ist erwartet.

In Auction verkaufte 12½ Tonnen oft-holt. Hofbutter erreichten im Durchschnitt 89½ M. oder abgültig 3½ M. Auctionsosten 86 M. franco Hamburg keine Tara.

Wolle.

Schweidnitz, 7. Juni. Wollmarkt. Trotz Regenwetters ist derzeit ziemlich rasch verlaufen. Das Angebot betrug ca. 800 Cr. einschließlich 280 Cr. Lagerwolle. Anwendung waren viele Käufer, jedoch keine Großhändler. Gezahlt wurde für Dominalwolle 150 bis 200 M. für Ruffialwolle 120 bis 170 M. und für Gerberwolle (ungefähr 150 Cr.) im Vorverkauf 100 bis 115 M. Bis um 10 Uhr Vormittags war der Markt geräumt. (W. L.)

Breslau, 7. Juni. (Bericht.) Im Laufe des heutigen Tages wurden ca. 4000 Cr. verkauft. Gute Mittelwolle gefragt, Preisliste derselben 150 bis 180 M. Die gezahlten

Van Houten's Cacao

Bester — Im Gebrauch billigster.

$\frac{1}{2}$ Kg. genügt für 100 Tassen
feinster Chocolade.
Ueberall vorrätig.

688

Nach langen quävollen Leiden starb am 7. Juni, Mittags 1 Uhr, meine liebe gute Frau, unfeire treue, unvergleichliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante, Frau Emilie Krause, geb. Kopp, in ihrem 68. Lebensjahr. Dieses zeigten sie beträuflich Danzig, den 9. Juni 1890. Die Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Juni, Vormittags 10 Uhr, vom Trauerhaus Jungferngasse Nr. 26, nach dem Petrikirchhofe, halbe Allee, statt. Carl Hahn, Lotterie-Geschäft, Berlin S.W., Neuenburgerstraße 25 (gegründet 1884).

Bekanntmachung.

Das der Stadtgemeinde Danzig gehörige, auf Parzelle Nr. 15 des Kämmererlandes in Bürgermeisterwohnung, welsches an den Büdner Martin kein verpachtet ist, soll abgebrochen und nach Maßgabe eines vom Magistrat aufgestellten Bau-Projekts wieder aufgebaut werden.

Die Ausführung dieser Arbeit soll im Wege öffentlicher Verdingung an Mindestfordernde vergeben werden.

Angebote sind bis zum 14. Juni cr. Mittags 12 Uhr, einzureichen.

Spezielle Pläne, Kostenanschläge und sonstige Bedingungen ic. können im Bureau des Stadtbauamtes Herrn Otto im Rathaus eingesehen werden, der auch zur Information bereit steht.

Danzig, den 8. Juni 1890.

Der Magistrat.

Bording-Auction.

Dienstag, den 10. Juni 1890, Mittags 1/2 Uhr, soll im hiesigen Börsenlokal öffentlich meistbietend versteigert werden:

Der an der Auhbrücke, am Ankerhafenbühn liegende, aus Holz erbaute Bording

„Verein“,

I. Classe, nebst dem sich an Bord befindlichen Inventar. Der Bording lädt ca. 240 Personen. Getreide über ca. 11 Reel Fohlen. Besichtigung des Bordings kann an Ort und Stelle stattfinden. Nachgebote werden nicht angenommen.

Ehrlich.

SS. Hercules,

Cpt. Gohrbandt, von Newcastle mit einer Ladung Stückgüter eingekommen, liegt in Wege der Licitation an den Meißliefenden mit der Maßgabe verkauft werden, daß sowohl die in die Hintergasse wie, als auch in die Hintergasse über die diesseits festgestellte Bauflüchtlinie vorspringenden Baulichkeiten innerhalb 6 Monaten abzubrechen sind und das von denselben eingenommene Terrain zur Strafen-Verbreiterung freigegeben werden muß.

Hierzu haben wir einen Termin auf den 23. Juni 1890, Vormittags 10 Uhr, im Stadtverordneten-Saal unteres Rathaus angelegt.

Die speziellen Verkaufs-Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht, können aber auch vorher in den Vormittagsstunden in unserem Bureau III eingesehen werden.

Jeder Bieter hat im Termin eine Caution von 1500 M. zu deponieren, bevor er zum Bieten zugelassen wird.

Der Magistrat.

Nach Cadiz, Sevilla,

Alicante, Valencia, Tarragona, Barcelona lädt Dampfer „Licata“ Mitte Juni, nach

Barcelona, Barcelona lädt Dampfer „Minister Achernbach“ Mitte Juli.

Güter-Anmelbungen erbitten.

Aug. Wolff & Co.

Ich habe mich hier als Arzt niedergelassen und wohne

Weidengasse 3, part., Eingang Strandgasse 6.

Der Magistrat.

Stadt-Fernsprecherei in Danzig.

Um die zum weiteren Ausbau der hiesigen Stadt-Fernsprecherei erforderlichen Vorbereitungen rechtzeitig treffen zu können, werden diejenigen Bewohner von Danzig und Umgegend (einschließlich Langfuhr, Sopot, Groß-Plehnendorf und Neufahrwasser) welche den Anschluß ihrer Wohnungen oder Geschäftsräume an die Stadt-Fernsprecherei wünschen, erlaubt, ihre Anmeldungen spätestens d. 1. Juli cr. an die hiesige Ober-Postdirektion einzureichen. Die Anmeldungen haben unter Benutzung von Formularen zu erfolgen, welche vom hiesigen Kaiserlichen Telegraphenamt zu beziehen sind.

Die betreffenden Bedingungen können bei der Kanzlei der Ober-Postdirektion, sowie bei dem Telegraphenamt eingesehen werden.

Anmeldungen welche nach dem 1. Juli eingehen, können für das laufende Jahr keine Berücksichtigung mehr finden.

Danzig, den 3. Juni 1890.

Der kaiserliche Ober-Post- director.

Wagener.

Fischräucherei

gut eingerichtet, ist zu verm. Näh-Wallstr. 2^o u. Brandgasse 4^o.

Hochfeine Matjes-Heringe

empfiehlt (6513)

C. A. Bracklow,

1. Damm 22/23.

Empf. neue engl. Matjesheringe, dickerlich, gr. Fisch, 3 nur 25

u. 20 M. den feinsten Caviar p. 25

K. 1.00 M. Lachmann, Tobiasg. 25.

Güteranmeldungen erbitten

Ferdinand Krahm,

Schäferei 18. (6544)

Güteranmeldungen erbitten

Beilage zu Nr. 18329 der Danziger Zeitung.

Montag, 9. Juni 1890.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung am 7. Juni.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung des Sperrgeldfonds.

Abg. Reichensperger (Centr.): Die heftigen Angriffe des Abg. Stöcker gegen die katholische Kirche werden uns nicht dazu bestimmen, den von uns stets festgehaltenen Standpunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Confession aufzugeben. Es würde uns sonst an treiflichen, hochinteressanten Kampfsobjecten keineswegs fehlen. (Gezwahr! im Centrum.) Alle Ausführungen des Ministers v. Gossler zu Gunsten der Rentenzahlung erledigt sich durch die Thatshache, daß Minister Falk bei Berathung des Sperrgesetzes wörtlich erklärt hat: Wenn künftig einmal die jetzt einzuhaltenden Gelder würden zurückgegeben werden, dann sei es selbstverständlich, daß dieselben an die zum Bejuze derselben berechtigt Gewesenen oder nach dem Vorschlage der zuständigen Kirchenbehörden zu verwenden seien würden. Damit ist widerlegt, daß schon das Sperrgesetz selber eine Confiscation der gesperrten Gelder ausgesprochen habe. Gehrt sich die jetzige Majorität nicht hieran, so ist sie es unleugbar, welche die Confiscation ausspricht. Thun Sie, was Sie nicht lassen können; wir meinen, durch jede solche Vergewaltigung wird die Macht der Kirche nicht gemindert, sondern vermehrt. Handeln Sie nach des Herzens Gelüsten; wir sind zufrieden. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. v. Meyer-Arnswalde (conf., bei k. Fr.): Ich bin der Meinung, daß der Staat nicht die Verpflichtung hat, das Kapital zurückzuzahlen. Ich halte deshalb diese Vorlage für durchaus berechtigt. Wenn die Cartellparteien der Vorlage nicht zustimmen wollen, wenn das Centrum sich ebenfalls dagegen erklärt, so verstehe ich diese Logik eigentlich nicht. Ich stimme dafür, auch wenn das Centrum nein sagt. Wenn die Herren jährlich 560 000 Mk. zwangsläufig erhalten, so wird dies seine beruhigende Einwirkung auf sie nicht verschelen. (Heiterkeit.) Die Bischöfe werden sich schon bereit erklären, das Angebot anzunehmen, und das katholische Volk wird auf alle Fälle den Bischöfen beitreten.

Abg. Graf Strachwitz (Centr.) führt nochmals aus, daß es sich hier um privatrechtliche Verpflichtungen handle, und daß nicht schon das Sperrgesetz von 1875 eine Confiscation des Kapitals ausgesprochen habe, sondern daß das erst jetzt, nach dem Willen der Mehrheit, geschehen solle. Erst die jetzige Vorlage bedeute eine Confiscation des Kapitals. Die Hinweisung auf das 7. Gebot in einer früheren Rede hat sich selbstverständlich nicht, wie mir ein Redner untergelegt, auf den Kaiser Wilhelm I. beziehen sollen. Im konstitutionellen Staat trägt nicht die Krone, sondern tragen die Minister die Verantwortlichkeit für die Vorlagen. Kaiser Wilhelm I. ist bekanntlich auch ein Gegner des Cultursampfes gewesen, wenn er auch dem Fürsten Bismarck dabei freie Hand gelassen hat.

Abg. Stöcker (conf.): Der Abg. Reichensperger warf mir vor, ich hätte die katholische Kirche verunglimpt. Ich erkläre das für eine Unwahrheit. (Oho! im Centrum.) Sie (zum Centrum) reden gegen den preußischen Staat, gegen Gesetze, die doch bestanden haben, gegen die gegenwärtige Vorlage die

empörendsten Dinge. Wenn man Ihnen mit Thatshachen begegnet, so schlagen Sie die Hände über dem Kopfe zusammen und sagen: Hezrede! Sie werden allmählich auf den Standpunkt gerathen, auf dem unsere jüdischen Mitbürger stehen, die sich für berechtigt halten, gegen alles Uebrige im Staatsleben die unverfrorstenen Aeußerungen zu thun, dagegen, wenn man ihnen entgegentritt, sofort über Intoleranz zu klagen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Ich begreife das von den Juden und der Judenpresse, aber von einer so großen Partei begreife ich es nicht. (Unruhe links.) In der Aeußerung über Verlelung des siebenten Gebots liegt eine Anregung socialdemokratischer Leidenschaften. Wir würden gern das Unrecht des Sperrgesetzes aus der Welt schaffen, aber wir können das nicht, wenn Sie uns sagen, wer für das Gesetz stimmt, stimmt für die Socialdemokraten. So lange solche Aeußerungen nicht weggeräumt sind, werden wir wie das Centrum gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Windthorst: Es scheint Bedürfnis zu sein, durch Erregung von Staub die Gemüther zu stärken, und darum hat man wohl den Abg. Stöcker, der Staub zu erregen am besten geeignet ist, vorgesucht. Herr Stöcker sprach bald im Namen seiner Freunde, bald für sich persönlich, und das ging bunt durcheinander. Mr. Stöcker scheint eben nicht mehr so klar zu sein, wie früher. (Lachen rechts.) Die Anklagen des Grafen Strachwitz richteten sich gegen den verantwortlichen Minister, nicht gegen die Person des Fürsten. Was der König Wilhelm gedacht hat für seine Person, hat er ausgesprochen, als er in Königsberg die Krone vom Altar nahm. Was nachher unter dem Ministerium Falk und Bismarck geschehen ist, haben diese Herren gethan. Ich halte mich aber an den König von Königsberg. Was die Kirche in allen Jahrhunderten gethan, das übernehmen wir voll auf unsere Verantwortlichkeit. Aber was die weltlichen Herren und die weltlichen Mächte gethan haben im Laufe der Jahrhunderte gegen die Kirche, können wir so wenig verantworten wie irgend ein anderer. Die Herren werden wohl nicht geneigt sein, alles das zu vertreten, was in Schweden, England, Dänemark geschehen ist. (Zwischenruf rechts.) Goll ich Ihnen Vorlesungen aus dem ganzen Gange der Reformation halten und Ihnen die Liederreden Luthers und Aeußerungen von Melanchthon vorlesen? Allerdings beurtheile ich die evangelische Kirche nicht danach, aber wenn Sie durch solche Reminiszenzen uns herabsetzen, so werden wir einen Tag finden, an dem wir Ihnen alle diese Dinge vorhalten. Wenn wir das Gesetz ablehnen, so geschieht das aus ganz anderen Gründen, wie die Cartellparteien sie haben. Das ironische Verfahren derselben bei einem so ernsten Gesetz scheint mir wenig am Platze. Unsere Aeußerung über den rechtlichen Charakter des Gesetzes ist vollkommen gerechtfertigt. Der heilige Stuhl hat kein Wörterchen gesagt, aus dem herausgelesen werden kann, daß die Vorlage tolerirbar ist. Wenn ein unbekannter Mann im Vatican herumschnüffelt, so kann ich darauf nichts geben, ich kann aber nicht laut genug nach Rom rufen, man soll dort vorsichtig sein, das System der Spitzel wird auch in Rom angewandt (Unruhe rechts). Will der Minister auch heute noch behaupten, daß die Bischöfe eine andere Stellung einnehmen? Wie dem auch sei, über Privateigenthum kann niemand beliebig verfügen. Darum ist dies Gesetz ein

socialdemokratisches, und wer für dasselbe stimmt, stimmt für die Socialdemokratie. Bekennen Sie sich deshalb noch in der letzten Stunde zu unseren Aeußerungen und nehmen Sie die von uns wieder eingebrachten Anträge an, vor allem, meinen Hauptantrag, die Entscheidung aufzuschieben und zunächst noch mit den Bischöfen zu verhandeln. Thun Sie das nicht, dann wird Verhügung in den katholischen Kreisen nicht eintreten. Wir werden nach der Behandlung, die wir jetzt erfahren, unsere allgemeine Stellungnahme einrichten. Wir wollen den Frieden, denn wir brauchen ihn. Die Lage ist ungeheuer ernst, denken Sie an den Reichstag. Wir lehnen das Gesetz ab, schlechter kann es uns nicht mehr gehen. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Gossler: Nachdem der Abg. Windthorst erklärt hat, daß das Centrum für die Vorlage nicht stimmen könne, wird das Gesetz ohne Zweifel unterliegen. Ich habe schon früher angedeutet, daß es der Regierung nicht so gut ging wie der Centrumspartei. Diese hat nur auf die eine Stimmung Rücksicht zu nehmen, auf die sie entscheidenden Einfluß hat. Die Regierung dagegen ist verpflichtet, auch auf Stimmungen in anderen Parteien, kirchlichen und politischen Rücksicht zu nehmen. Nun wissen wir doch von Hrn. Windthorst selbst, daß der Papst den Bischöfen und der Centrumspartei überlassen hat, sich zur Vorlage zu stellen wie sie wollen. Hat diese Erklärung einen Sinn, so handelt es sich hier um eine Frage, welche den Papst als Leiter der katholischen Kirche nicht unmittelbar angeht. Nun spielt sich vor unseren Augen ein Kampf oder auch ein Schachspiel ab. Wir sehen Hrn. Windthorst sich bemühen, die Verantwortung den Bischöfen zuzuschreiben. (Ruf im Centrum: Im Gegenteil!) Nicht im Gegenteil; die Regierung soll sich ja mit den Bischöfen vereinigen. Die Bischöfe haben sich nicht geäußert, trotz der Vollmacht des Papstes; denn wenn sie sich geäußert hätten, so wäre ja der wieder eingebrachte Antrag Windthorst unmögl. Was über die Stimmung der Bischöfe in die Öffentlichkeit gebrungen ist, läßt ja darauf schließen, daß ihr principieller Standpunkt vom August vorigen Jahres nicht mehr unbedingt festgehalten wird. Auch die Aeußerungen in der Presse sind ganz sichere Kennzeichen, daß auch im Clerus keineswegs die Stimmung so geschlossen ist, wie Graf Strachwitz anzunehmen scheint. (Abg. Windthorst: Einige Domherren!) Die Domherren sind nicht bloß Menschen, sondern auch Cleriker, und wenn diese meinen, das Gesetz sei tolerabel, so ist dies ein sicheres Argument von meinem Standpunkt aus gegen die Ausführungen des Grafen Strachwitz. Diese Frage ist ja auch im „Westfälischen Volksblatt“ erörtert worden, welches im directesten Anschluß an das Generalviciariat von Paderborn erscheint. Dieses Blatt ist ausdrücklich zu der Erklärung ermächtigt worden, daß der Bischof die Annahme der Vorlage unter gewissen Vorbehalten rücksichtlich der Verwendung für zulässig erachtet. Von einer einheitlichen Stimmung ist also nicht die Rede, auch wenn es sich nur um ein einziges Domkapitol handelt. Nun hat Herr Windthorst heute erneut darauf hingewiesen, daß das von mir verlesene Schriftstück gleichgültig sei. Ich nehme ihm nicht übel, diese Ansicht zu hegen. Aber ich sage hinzu, daß er auch beim Ministerpräsidenten nachgeforscht hat, ob ich mit meinen Erklärungen nicht zu weit gegangen wäre.

Der Ministerpräsident hat ausdrücklich gesagt, der Cultusminister ist so weit gegangen, als er gehen konnte, und wenn es verlangt wird, kann man weiter gehen und wird ihm Namen nennen. (Abg. Windthorst: Thun Sie es!) Ich thue es nicht. (Heiterkeit; Unruhe im Centrum.) Nun hat Mr. Windthorst heute davon geredet, daß irgend ein unbekannter Mann der preußischen Regierung die betreffende Mittheilung gemacht habe und daß das System der Spitzel auch gegen den Vatican angewendet werde. Ich bitte ihn, sich mit den Leuten abzufinden, die er vermutet. Der Weg, der hier begangen ist, ist einer, welchen der heilige Vater selbst betritt, um mit der preußischen Regierung in Verbindung zu treten. Daß das ein anderer Weg ist, als der, den Herr Windthorst vorgezogen hätte, ist ja möglich, aber der heilige Vater, der ja auch eine hohe diplomatische Mission hat, benutzt eben verschiedene Wege. Die von mir abgegebene Erklärung war meines Erachtens eine Brücke, welche abzureißen Herr Windthorst nicht nötig hatte. Immer mit Emphase zu sagen: Es ist das Alles nicht wahr, halte ich für unvorsichtig. Nachdem diese Brücke abgebrochen werden soll, nachdem die Bischöfe noch nicht entschlossen sind, derselben Auffassung wie Herr Windthorst zu sein, wäre es doch besser gewesen, das Maß der Verantwortung nicht auf sich zu nehmen, wie er es heute tut. Ich bedauere das; denn seine Hoffnung auf die Zukunft kann möglicherweise eine trügerische sein. Ich bin zu keiner Erklärung ermächtigt, welche die von Herrn Windthorst eröffnete Frage berührt, ob die Sache weiter verhandelt werden kann. Wenn ich heute einen solchen Beschlüß extrahieren würde, würde er vielleicht negativer sein, als mir persönlich lieb ist. Innerhalb der Regierung sind auch Menschen, welche eine gewisse politische Ehre haben und nicht vergessen können, was hier für Vorwürfe gegen sie erhoben worden sind. Ich habe absichtlich keine Erklärung extrahiert, um mir den Weg für die Zukunft nicht selber zu verschließen. Ich bedauere das Scheitern der Vorlage. Scheitert das Gesetz, so scheitert damit nicht unser guter Wille, und ich hoffe, daß diese Auffassung auch in anderer Stelle anerkannt wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Abg. Windthorst hat es so dargestellt, als ob wir Hrn. Stöcker vorgesucht hätten. Wir haben Hrn. Stöcker sprechen lassen, weil er persönlich angegriffen war, er hat lediglich für seine Person gesprochen. Namens der Partei habe ich zu erklären, daß wir gegen das Gesetz stimmen werden, da es nicht möglich gewesen ist, die Zustimmung des Centrums zu erreichen, da es nicht einmal möglich gewesen ist, ein tolerari posse vom Centrum zu erlangen.

Abg. v. Stablerski (Pole): Wenn auch einige Domherren die Vorlage annehmen möchten, so werden wir sie doch nicht annehmen, denn es handelt sich hier um die Wahrung des Eigentumsrechtes, um die Wahrung eines großen Princips.

Abg. v. Jedlitz (freicons.): Wir werden wohl nicht in den Verdacht gekommen sein, Hrn. Stöcker vorgesucht zu haben; wenn jemand Interesse am Staubaufwirbeln hatte, so lag es auf der anderen Seite. Ein Anlaß, unsere Stellung, die wir in erster Lesung gekennzeichnet haben, zu ändern, liegt nicht vor. Wir werden daher die Vorlage ablehnen. Wenn die Herren

von demselben friedlichen Sinne befiehlt sind wie wir, dann würde es ihnen leicht sein, die Beruhigung der Bevölkerung herbeizuführen; aber man scheint die Beruhigung nicht zu wollen. Sie tragen die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage.

Abg. Brandenburg (Centr.): Es handelt sich bei den eingestellten Staatsleistungen nicht um Leistungen der Gnade, sondern um Leistungen auf Grund rechtlicher Verpflichtungen; die Katholiken haben sich trotz der Sperr als gute Bürger bewiesen, der Staat müsste diesen Uebergriß in das Gebiet der Kirche zurücknehmen. Die einfache Folge davon ist, daß der Staat die Gelder zurückzugeben muß, und zwar nicht in Form einer Rente. Alle Gründe, die dagegen angeführt worden sind, sind dem Volke unverständlich. Die Vorlage hat einen revolutionären Charakter, sie erinnert an das Vorgehen Jungitaliens gegen die opere pie. Dass die Zustimmung des heil. Vaters erfolgt ist, ist widerlegt; deshalb werden wir gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Hobrecht (nat.-lib.): Da das Centrum gegen die Vorlage stimmen will, so können wir nach unseren früheren Erklärungen ebenfalls nicht für die Vorlage stimmen. In einer Zwangslage wird das Centrum nicht gebracht, denn es wird nicht gezwungen, etwa das Sperrgesetz von 1875 nachträglich anzuerkennen. Hier handelt es sich lediglich um die Ausführung eines Paragraphen eines bestehenden Gesetzes, über welches selbst ihm das Urtheil unbefrängt bleibt. Das Centrum ist nicht die Vertretung des katholischen Volkes, aber es legt immer sein Urtheil als das Urtheil aller Katholiken in die Waagschale, und deshalb müssen wir das Zeugnis des Centrums für dieses Gesetz haben. Wir haben die äußerste Mühe aufgewendet, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Wir wollen das Vergangene ruhen lassen; seitens des Centrums ist das nicht geschehen; auch heute ist immer von neuem der Versuch gemacht worden, den Werth oder Unwerth des Gesetzes von 1875 in die Discussion zu ziehen. Nach den heutigen Erklärungen kommen wir zu dem Resultat: es ist besser, die Sache bleibt unerledigt und wir nehmen sie in einer Zeit einmal wieder auf, wo sich die Anschauungen mehr genähert haben.

Die Generaldiscussion wird geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. U. a. sagt der

Abg. Pörsch (Centr.): hr. Stöcker sagte dem Centrum gegenüber wörtlich: „Sie haben Moses und die Propheten. Ich weiß nicht, was Moses und die Propheten bei Ihnen sind, aber das Evangelium und die rechte Stellung zur Obrigkeit fehlt Ihnen“. Diese Worte des Stenogramms, das ich sofort eingesehen habe, hat Herr Stöcker dahin geändert, daß er aus dem Worte „und“ die Worte „das heißt“ gemacht hat, so daß der Satz jetzt lautet: „Das Evangelium, das heißt die rechte Stellung zur Obrigkeit fehlt Ihnen.“

Darauf tritt das Haus in die Specialberatung ein.

Art. 1 lautet: „Diejenigen Beträge, welche auf Grund der gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln aufgesammelt sind, werden bei dem Inkrafttreten gegenwärtigen Gesetzes zu Gunsten der allgemeinen Staatsfonds vereinnahmt. Dagegen wird vom 1. April 1890 ab aus allgemeinen Staatsfonds für kirchliche Zwecke der katholischen Kirche eine jährliche Rente von 560 480,58 Mk. verwendet.“ — Dazu beantragt Abg. Windhorst, unter Ablehnung des Art. 1 die Regierung aufzufordern, zunächst mit den kirchlichen Oberen weitere Verhandlung zur Erfüllung eines Einverständnisses über die Art der Verwendung derjenigen Beträge, welche auf Grund der gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln aufgesammelt sind, zu pflegen und demnächst je nach dem Ergebnisse dieser Verhandlung dem Landtage einen neuen Gesetzentwurf über die Verwendung der betreffenden Beträge vorzulegen.“

Abg. Windhorst: Ich wiederhole, daß der heilige Stuhl keine Stellung zu dieser Sache genommen hat. Der Minister behauptet, er habe das auf demselben Wege erfahren, auf welchem der heilige Vater auch Nachrichten einzieht. Ich behaupte, daß die Quelle, auf die er sich bezieht, unrichtige Informationen hat, und ich empfehle der Regierung diese Quelle ferner nicht zu benutzen. Der Bischof von Paderborn kann keine andere Erklärung abgeben haben als die übrigen Bischöfe, und er könnte seine Anschauungen nur mit Zustimmung seiner confratres geändert haben. Dass ich keine Nachforschung über die Stellung des Cultusministers bei dem Ministerpräsidenten angestellt habe, kann der Ministerpräsident selbst bestätigen. Der Cultusminister hat wohl optima fide gesprochen, aber er kann sich irren, und er hat sich geirrt. Er müßte uns doch genau sagen, woher er das betreffende Schreiben hat. Im parlamentarischen Leben kann nichts geheim bleiben. Der Abg. Hobrecht beklagt es, daß wir einseitig unsere Kirchenverhältnisse vertreten. Das thun aber auch die Protestanten, selbst da, wo sie glauben es nicht zu thun. Wo mehrere Confessionen bestehen, bleibt nichts übrig, als sich gegenseitig zu vertragen. Können wir uns heute nicht einigen, so scheiden wir jedenfalls nicht von der Sache ohne die Hoffnung, daß, was heute nicht, vielleicht morgen geschieht. Sie haben uns nötig und wir haben Sie noch nötiger, weil Sie die Majorität haben. Weil Sie solche Macht haben, sollten Sie uns nicht immer niederschlagen. Die Cartellparteien, die hier gegen uns stimmen, sind nichts anderes als die Sammlung der Protestantenten des Hauses.

Abg. Rickert: Die letzte Erklärung des Abg. Windhorst trifft doch nicht zu. Nicht alle Protestantenten denken so wie die Majorität hier. Gerade weil dadurch der Schein erweckt wird, als ob es sich hier um einen Kampf zwischen zwei Confessionen handelt, bedauern wir die uns unverständlichen taktischen und diplomatischen Jüge der Majorität. Man urtheilt nicht nach der Sache, sondern man läßt sich bei der Abstimmung durch das Verhalten des Centrums bestimmen. Nur weil es nicht gelingt, das Centrum zu zwingen, daß es für das Gesetz stimmt, ist man auch gegen dasselbe. Das darf kein Grund für einen Gesetzgeber sein. (Sehr richtig links und im Centrum.) Wir haben unsere Auffassung bereits in der ersten und zweiten Lesung dargelegt. Wir werden, wenn Sie unser Bedenken bei § 3 beseitigen, für das Gesetz stimmen, ohne Rücksicht auf das Centrum, auch wenn wir ganz allein mit dem Abgeordneten v. Meier-Arnswalde sind. (Heiterkeit.) Er wird dabei vielleicht eine gewisse Beängstigung empfinden, wir nicht. Auch die heutigen Erklärungen des Abg. Hobrecht reichen nicht aus, das Verhalten der Majorität zu rechtfertigen.

Abg. Hobrecht sagt, dieselbe wird die Frage wieder aufnehmen, wenn das Centrum williger ist, das Gesetz anzunehmen; also man legt alles in die Entscheidung dieser Partei, obwohl man sachlich mit dem Gesetz einverstanden ist. Ist das richtig? Nicht einen einzigen Präcedenzfall haben wir für ein solches Verhalten. Es ist jedenfalls sehr bedenklich, und wir müssen dagegen protestieren. Durch derartige taktische Jüge kann das Ansehen der Gesetzgebung nicht gewinnen. Wir sollen sachlich entscheiden ohne Ansehen der Partei und der Person. (Bravo! links.)

In der Abstimmung wird der Antrag Windhorst auf erneute Verhandlung mit den kirchlichen Oberen gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und des cons. Abg. Anoch, der Antrag Brüel auf Herausgabe des Kapitals gegen die Stimmen des Centrums, der Polen, der cons. Abg. Anoch und Sack und des freis. Abg. Langerhans abgelehnt, ebenso Art. 1 der Regierungsvorlage, für welchen nur der Abg. Meier-Arnswalde und der größte Theil der Freisinnigen stimmen. Die

übrigen Artikel werden ebenfalls abgelehnt, womit die Vorlage beseitigt ist.
Nächste Sitzung: Montag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 7. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 185—192. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig, 100—105. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzölt) ruhig, loco 69. — Spiritus matt, per Juni-Juli 22 Br., per Juli-August 22½ Br., per Aug.-September 23 Br., per Septbr.-Oktbr. 23½ Br., — Kaffee ruhig. Umfat 1500 Sack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,85 Br., per Aug.-Dezbr. 7,20 Br. — Wetter: Regenschauer.

Hamburg, 7. Juni. Kaffee. Good average Santos per Juni 88½, per September 87½, per Dezember 80¾, per März 1891 79. Behauptet.

Hamburg, 7. Juni. Zuckermarkt. Rübenzucker 1. Product. Basis 88% Rendement, neue Usance, f. a. B. Hamburg per Juni 12,32½, per August 12,47½, per Oktober 11,87½, per Dezember 11,92½. Stetig.

Havre, 7. Juni. Kaffee. Good average Santos per September 109,50, per Dezember 101,00, per März 1891 98,50. Behauptet.

Bremen, 7. Juni. Petroleum (Schlußbericht.)

Rußia. Standard white loco 6,75 Br. — Frankfort a. M., 7. Juni. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Action 266½, Franzosen 2007/8, Lombarden 122½, Aegypten 99,50, 4% ungar. Goldrente 90,20, Gotthardbahn 170,60, Disconto-Commandit 224,70, Dresdener Bank 157, Laurahütte 142,25, Gelsenkirchen 162,40, Zollturken 93,40. Fest.

Wien, 7. Juni. (Schluß-Course.) Desterr. Papierrente 89,10, do. 5% do. 101,50, do. Gilberrente 89,90, 4% Goldrente 109,60, do. ung. Goldrente 103,65, 5% Papierrente 99,80, 1860er Loo 139,80, Anglo-Aust. 156,25, Länderbank 232,60, Creditact 306,00, Unionbank 245,50, ungar. Creditactien 343,50, Wiener Bankverein 119,25, Böh. Westbahn 340, Böh. Nordb. 216,00, Bütch. Eisenbahn 445, Duz-Bodenbacher — Elbenthalbahn 233,00, Nordbahn 275,00, Franzosen 230,50, Galizier 198,75, Lemberg-Gjern. 232,00, Lombarden 139,25, Nordwestbahn 214,25, Barbubitzer 175,00, Alp.-Mont.-Act. 99,75, Tabakactien 123,50, Amsterdamer Wechsel 96,85, Deutsche Blüte 57,40, Londoner Wechsel 116,85, Pariser Wechsel 46,42½, Napoleons 9,32½, Marknoten 57,40, Russ. Banknoten 1,34½, Gilbercoupons 100,00. Bulgarische Anleihe 109,00.

Amsterdam, 7. Juni. Getreidemarkt. Weizen per Novbr. 194. Roggen per Okt. 116—117, per März 119—118—119.

Antwerpen, 7. Juni. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Antwerpen, 7. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß loco 17½ bei. und Br., per Juni 17½ Br., per Aug. 17½ Br., per Sept.-Dezember 17½ Br. Ruhig.

Paris, 7. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Juni 25,40, per Juli 24,90, per Juli-Aug. 24,60, per Sept.-Dezbr. 23,60. — Roggen ruhig, per Juni 16,90, per Septbr.-Dezbr. 15,20. — Mehl ruhig, per Juni 54,50, per Juli 54,60, per Juli-August 54,70, per Sept.-Dezbr. 53,40. — Rüböl matt, per Juni 69,25, per Juli 68,25, per Juli-August 67,50, per Septbr.-Dezbr. 66,50. — Spiritus ruhig, per Juni 37, per Juli 37,25, per Juli-August 37,25, per Septbr.-Dezbr. 37,50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 7. Juni. (Schlußcourse.) 3% amort. Rente 94,97½, 3% Rente 92,40, 4½% Ant. 106,65, 5% italien. Rente 97,55, österr. Goldrente 95½, 4% ung. Goldrente — 4% Russen 1880 — 4% Russen 1889 97,80, 4% unif. Aegypten 496,87, 4% span. äußere Anleihe 77½, convert. Türk. 19,75, türk. Loose 85,30, 4% pr. türk. Obligationen — Franzosen 506,25, Lombarden 307,50, Lomb. Prioritäten 336,25, Banque ottomane 623,75, Banque de Paris 847,50, Banque d'Escompte 525,00, Crédit foncier 1215,00, do. mobilier 470,00, Meritobilian-Act. 741,25, Panamakanal-Act. 37,50, do. 5% Oblig. 30, Rio Tinto-Action 585,60, Guineacan-Action 2372,50, Gaz Parisen 1402, Crédit Lyonnais 751,25, Gaz pour le Fr. et l'Estrang. 557,50, Transatlantique 640,00, B. de France 424,50, Bille de Paris de 1871 410, Tabacs Ottom. 282,50, 23½ Cons. Angl. 97,50, Wechsel auf deutsche Blüte 122½, Londoner Wechsel kurz

25,16, Cheques a. London 25,17½, Wechsel Wien kurz 213, do. Amsterdam kurz 206,62, do. Madrid kurz 47,8, Compt. d'Escompte neue 615,00, Robinson-Act. 72,50.

London, 7. Juni. Engl. 23½ Consols 97½, 4% Consols 106, ital. 5% Rente 96½, Lombarden 12½, 4% cons. Russen von 1889 (II. Serie) 99, conv. Türken 19½, österr. Gilberrente 78½, österr. Goldrente 95, 4% ungarische Goldrente 90½, 4% Spanier 77½, 5% privil. Aegypten 104½, 4% unif. Aegypten 98½, 3% garantirte Aegypten 101½, 4½% ägypt. Tributant. 99½, 6% consol. Mexikaner 99½, Ottomanbank 14½, Guineactien 94½, Canada-Pacific 85½, De Beers-Action neue 17½, Rio Tinto 23½, Kubinen-Action 3½ Agio, Gilber 48, Blatzdiscount 2½%.

London, 7. Juni. An der Küste 15 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

Liverpool, 7. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umfaß 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Fräge. Mittl. amerikan. Lieferung: per Juni-Juli 61½, Verkäufer, per Juli-August 63½ do., per August 61½ do., per Septbr.-Oktbr. 63½ do., per Oktbr.-November 57½ Käuferpreis, per Novbr.-Dezember 55½ do. Werth, per Dezember-Januar 51½ Käuferpreis, per Januar-Februar 51½ d. do.

Newyork, 7. Juni. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,84½, Cable-Transfers 4,87½, Wechsel a. Paris (60 Tage) 5,18½, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95½, 4% fundirte Anleihe 122, Canadian-Pacific-Action 83½, Central-Pacific-Action 36, Chic. u. North-Western-Act. 115½, Chic. Mil. u. St. Paul-Act. 77½, Illinois-Central-Act. 116, Lake-George-Michigan-South-Act. 113½, Louisville- und Nashville-Action 90, Newy. Lake-Erie u. West. second Mort. Bonds 104½, New. Central- u. Hudson-River-Action 109½, Northern-Pacific-Preferred-Act. 85, Norfolk- u. Western-Preferred-Action 65, Philadelphia- und Reading Action 47, St. Louis- u. C. Franc. Pref. Act. 65, Union-Pacific-Action 67½, Wabash, St. Louis-Pacific-Pref. Act. 29½, — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12½, do. in New-Oreleans 11½, Roff. Petroleum 70 % Abel Test in Newyork 7,20 do., do. in Philadelphia 7,20 do., rohes Petroleum in Newyork 7,35, do. Pipe line Certificates per Juli 87½. Ziernlich fest. — Schmalz loco 6,15, do. Rohe und Brothers 6,60. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4½. — Kaffee (Fair Rio) 20, Rio Nr. 7, low ordinary per Juli 17,02, per Sept. 16,62.

Productenmärkte.

Stettin, 7. Juni. Getreidemarkt. Weizen behauptet, loco 180—186, do. per Juni-Juli 188,50, do. per September-Oktober 176,00. — Roggen behauptet, loco 148—153, do. per Juni-Juli 148,00, do. per Sept.-Okt. 144,00. — Pomm. Hafer loco 162—165. — Rüböl unverändert, per Juni 70,50, per Septbr.-Oktbr. 55,00. — Spiritus still, ohne Fak mit 50 Ml Consumsteuer 54,00 Ml mit 70 Ml Consumsteuer 34,00 Ml, per Juni mit 70 Ml Consumsteuer 33,80, per August-Septbr. mit 70 Ml Consumsteuer 34,30. — Petroleum loco 11,85.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 7. Juni. Wasserstand: 0,04 Meter. Wind: EW. Wetter: Regen, Gewitter.

Gstromauf: Von Danzig nach Thorn: Greifer, 1 Güterdampfer, Ich, diverse Stückgüter.

Gstromab: Epstein, 7 Trachten, Lewin, Wilna nach Schulitz und Danzig, 169 Runddeichen, 454 Rundkiefern, 229 Rund-elsen, 46 Runddeichen, 8150 St. Kantholz, 7315 Sleeper, 24,246 ließ, 270 eichene Eisenbahnschwellen. J. Epstein, 3 Trachten, Epstein, Bialnostoch, Thorn, 1740 Rundkiefern, 200 Rundstangen. Kunicki, 3 Trachten, Ehrlich, Arnylow, 1346 Plancons, 1515 St. Kantholz. Maczek, 4 Trachten, Schulz, Tykocin, Bromberg, 2309 Rundkiefern.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und vermisste Nachrichten: Dr. W. Hermann, — das Feuilleton und Literarische: H. Köhler, — den lokalen und provinzialen Handels-, Marine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten-Theil: A. W. Asemann, sämmtlich in Danzig.